

Katholische Hochschule Nordrhein-Westfalen
Abteilung Aachen -
Fachbereich Sozialwesen

Förderung demokratischer Teilhabe vor Ort

Zum Beitrag des Solidaritätskonzeptes „Verbündet-Sein“
in Community Organizing Prozessen

Bachelorthesis im Studiengang Soziale Arbeit

Vorgelegt Von:
Yannik Bastian Stachowiak
Matrikelnummer: 520733

Erstgutachter: Prof. Dr. Andreas Reiners
Zweitgutachterin: Susanne Bücken
Sommersemester 2022

Aachen, 08.04.2022

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	4
2. Die Problembeschreibung: Exklusion von Menschen im Bereich politischer Teilhabe	7
2.1 Faktoren, die die Exklusion begünstigen	9
2.2 Empirische Daten und Geschichte	11
2.3 Folgen der Problemlage aus Perspektive von Gerechtigkeitstheorien	12
2.4 Handlungsansatz für die Soziale Arbeit	16
3. Community Organizing als möglicher Beitrag einer politischen Sozialen Arbeit	20
3.1 Community Organizing - Geschichtlicher Ursprung	22
3.2 Community Organizing in Deutschland	26
3.3 Herausforderungen für Sozialarbeiter*innen als Organizer*innen	30
3.4 Zwischenfazit - Die Bedeutung von Solidarität und Macht in Community Organizing	34
4. Fragestellung	37
4.1 Verbündet Sein als Teil des Konzeptes Social Justice und Diversity	38
4.2 Das übergeordnete Konzept Social Justice und Diversity	38
4.3 Was ist Verbündet-Sein	42
4.4 Gemeinsamkeiten und Gegensätzlichkeiten	46
4.5 Ideen, Potentiale und Hinweise	50
4.5.1 Ideen	51
4.5.2 Potentiale	53
4.5.3 Hinweise	57
4.6 Beantwortung der Fragestellung	59
5. Fazit und Ausblick	61
Literaturverzeichnis	67

1. Einleitung

In welchem Ausmaß Menschen in den komplexen Verwobenheiten der Gesellschaften, in denen sie leben, *Kontrolle über die eigene Umwelt*¹ haben und die ihrer Mitmenschen beeinflussen, ist von ihrer *Macht* abhängig. Daher haben sich die meisten als *modern* verstandenen Gesellschaften als Demokratien konstituiert, da diese als das politische System gilt, das „die ansonsten reichlich unwahrscheinliche Tatsache der sozialen Beherrschbarkeit gesellschaftlicher Komplexität“² und so auch ein würdevolles Leben, erst möglich macht. Macht, verstanden als „wesentliche Beeinflussung [...], die ein Bestandteil der Gesellschaft über einen anderen ausübt bzw. ausüben kann, ohne daß dieser in der Lage ist, sich der Einwirkung zu entziehen“³, soll durch das Gleichheitsversprechen der Demokratie so gegeben werden, dass die Teilhabe eines jeden Menschen sein Leben würdevoll zu gestalten, gleichermaßen ermöglicht wird. Doch die Teilhabe⁴ an demokratischen Prozessen in Form von Wahlen steht in Deutschland in Wechselwirkung mit dem Gleichheitsversprechen und gefährdet so auch die Teilhabe in anderen *Teilen menschlichen Lebens*⁵:

Wenn jedoch bestimmte Gruppen kaum noch wählen, wenn sie in Parteien und Parlamenten unterrepräsentiert oder gar nicht vertreten sind und wenn ihre Anliegen nur noch indirekt durch Dritte artikuliert werden, gerät das demokratische Ideal politischer Gleichheit in Gefahr. Eine niedrige und sozial ungleiche Wahlbeteiligung kann dazu führen, dass die Interessen der Nichtwähler nicht im selben Maße berücksichtigt werden.⁶

Reagieren Politik und Institutionen auf den derzeitigen Rückgang der Wahlbeteiligung mancher Gruppen, indem sie sich „an den sozial Bessergestellten orientieren“⁷, reproduziert und stabilisiert sich Exklusion in ohnehin benachteiligten Bereichen der Gesellschaft.⁸ So stehen „wenige und instabile Interessenorganisationen“⁹ von Gruppen und Individuen mit *schwachem Interesse*, den „langlebigen und

¹ Nussbaum, Martha Craven (2015). S. 42

² Lessenich, Stephan (2019). S. 7

³ Hradil, Stefan (2005). S. 258

⁴ Verstanden als „dazugehören, dabei sein, mitgestalten: dazugehören zu, dabei sein in und mitgestalten von politisch verfassten Gemeinwesen und gesellschaftlich begründeten Gemeinschaften von Menschen“ Rudolf, Beate (2017). S. 13

⁵ Vgl. ebd.

⁶ Schäfer, Armin (2011). S. 154

⁷ Schäfer, Armin (2013).

⁸ Vgl. ebd. „Studien zeigen, dass sich die Politik im Konfliktfall an den Interessen der Gruppen orientiert, die mit großer Wahrscheinlichkeit auch an der nächsten Wahl wieder teilnehmen werden.“

⁹ Winter, Thomas von (2019). S. 26

ressourcenstarken Interessenverbänden“¹⁰ von erfolgreichen und erfahrenen Gruppen gegenüber.

Diesem aktuellen Abbau der demokratischen Gleichheit muss sich die Soziale Arbeit entgegenstellen, denn die Konsequenzen für Individuen, Gruppen und die Gesellschaft als Ganze sind zahlreich und bedrohen das absolute Minimum dessen, was für ein menschenwürdiges Leben erforderlich ist.¹¹ Eine Intervention durch die Soziale Arbeit ist wichtig, um die Reproduktion von Exklusionsdynamiken zu stören und die Bildung neuer Exklusionsdynamiken, wie zum Beispiel der zunehmenden Individualisierung von Problemlagen im *von oben* aktivierenden Sozialstaat, zu verhindern.¹² Eine Möglichkeit die Barrieren nachhaltig zu entfernen, die Menschen an ihrer Teilhabe und somit an der Anerkennung ihres Rechts auf Selbstbestimmung als gleichwertig hindern, ist eine Ermächtigung der Betroffenen. Dies ist erreichbar mit einem Bündnis, in dem sich Betroffene organisiert einem gemeinsamen Ziel widmen, um so die Differenz zu der Macht der sozial Bessergestellten auszugleichen. „Die Macht der Habenichtse liegt einzig und allein in ihrer Zahl“¹³, weswegen ihr Bündnis besonders stabil und niedrigschwellig sein muss. Daher behandelt diese Arbeit die Förderung demokratischer Teilhabe vor Ort und diskutiert den Beitrag des Solidaritätskonzeptes *Verbündet-Sein* in *Community Organizing* Prozessen. Ziel der Arbeit ist es in Form einer literarischen Argumentation zu beantworten, *Inwiefern das spezifische Solidaritätskonzept Verbündet-Sein Ideen, Potentiale oder Hinweise enthält, welche Sozialarbeiter*innen dabei unterstützen, ihre Herausforderungen bei der Anwendung der Methode Community Organizing gerecht zu werden.*

Dazu wird zuerst der Vorgang der Exklusion von Menschen im Bereich der politischen Teilhabe erklärt, bevor mit Hilfe von empirischen Daten bestimmt wird, wer davon betroffen ist, um anschließend die Folgen des Problems aus Perspektive der Gerechtigkeitstheorie zu betrachten und so auf einen möglichen Handlungsansatz für die Soziale Arbeit zu schließen. Im nächsten Teil wird argumentiert, warum *Community Organizing* (CO) eine geeignete Methode zur Problemlösung ist und es wird der Ursprung der Methode und Anwendung von CO in Deutschland zusammengefasst. Dies stellt den Bezugsrahmen für die Ermittlung der Herausforderungen für Sozialarbeiter*innen als Organizende dar. Zusammen mit dem

¹⁰ Ebd.

¹¹ Vgl. Nussbaum, Martha Craven (2015). S. 40

¹² Vgl. Müller, Carsten; Szyka, Peter (2010). S. 21

¹³ Alinsky, Saul David (1974). S. 14

Zwischenfazit, dass die Bedeutung von Macht und Solidarität in CO zusammenfasst, kann die Fragestellung als darauffolgender Teil umfassender hergeleitet werden. Zur Bearbeitung der Fragestellung wird zuerst erklärt, warum Verbündet-Sein (VS) dem Social Justice und Diversity Konzept zuzuordnen ist, welche Konsequenzen sich daraus ergeben und was genau VS ist. Anschließend werden die Gemeinsamkeiten von CO und VS erfasst, um die Kombinierbarkeit der Ansätze zu verdeutlichen, bevor die Ideen, Potentiale und Hinweise erarbeitet werden. Abschließend werden die diskutierten Aspekte zur Bearbeitung der Fragestellung zusammengeführt und das letzte Kapitel bietet ein Fazit sowie einen Ausblick und eine kritische Betrachtung der Arbeit.

2. Die Problembeschreibung: Exklusion von Menschen im Bereich politischer Teilhabe

Die als parlamentarische Demokratie organisierte Bundesrepublik Deutschland gewährt ihren Bürgerinnen und Bürgern durch das im Grundgesetz verankerte Prinzip der freiheitlich demokratischen Grundordnung unter bestimmten Voraussetzungen, ihr Parlament beziehungsweise dessen Zusammensetzung selbst zu wählen. Auch lokalpolitische Entscheidungsträger*innen¹⁴ werden von Menschen mit Wahlberechtigung gewählt. Neben Wahlen, die über eine Auszählung von Stimmen ablaufen oder der Unterstützung von Organisationen, welche zum Beispiel im Stadtrat Interessen vertreten, gibt es weitere Wege als Individuum auf gesellschaftliche Rahmenbedingungen Einfluss zu nehmen. Ziel dieser vom Volk ausgehenden Staatsgewalt ist es unter anderem, gesellschaftliche Teilhabe sowie autonome und würdevolle Lebensführung zu gewährleisten. Die Gleichheit im demokratischen Prozess soll in der Gesellschaft zu Konsens über getroffene Entscheidungen führen, die Transparenz von Prozessen der Entscheidungsfindung soll verbessert werden und zusammen mit der Gewaltenteilung soll eine Fremdherrschaft unterbunden werden.

In Bezug auf die Teilhabe an diesen Prozessen, die benötigt wird, um sich den genannten Zielen zu nähern, ist jedoch ein Abwärtstrend zu beobachten oder sie fehlt gänzlich, je nachdem welche gesellschaftliche Gruppe betrachtet wird.¹⁵

Aber im Rückgang der Wahlbeteiligung drückt sich seit den 1980er Jahren signifikant die soziale Spaltung der Gesellschaft aus, die Kluft zwischen privilegierten und randständigen Schichten, die Ungleichzeitigkeit von Chancen und Integration.¹⁶

Diesem Problem wird sich in dieser Arbeit gewidmet. Bei der Beschreibung des Problems und der Erfassung der von der Situation Betroffenen wird nicht zwischen Menschen unterschieden, die sich scheinbar frei dazu entscheiden nicht zu wählen und solchen, die von anderen Teilen der Gesellschaft von demokratischer Teilhabe abgehalten werden.¹⁷

¹⁴ Die vorliegende Arbeit wird geschlechterneutral verfasst. Es wird der Genderstern verwendet, um auf das männliche Geschlecht, das weibliche Geschlecht und alle weiteren sozialen und biologischen Geschlechter hinzuweisen.

¹⁵ Vgl. Schäfer, Armin (2013).

¹⁶ Walter, Franz (2013). S. 10

¹⁷ Für eine kategorielle Unterscheidung dieser Gruppen würden zahlreiche Faktoren ins Gewicht fallen, welche nicht alle objektiv zu erfassen sind. Unter anderem der Faktor der Rollen, die Menschen in einer Gesellschaft annehmen, wie auch die eines/einer Nichtwähler*in sie sein kann. Demnach werden Rollen bewusst wie auch unbewusst angenommen, ihr Inhalt wird „von der Gesellschaft bestimmt und verändert“ (Dahrendorf, Ralf (2006) S. 39.), dass durch sie erwartete Verhalten wirkt quasi verbindlich und der Rolle kann sich auch „nicht ohne Schaden“ (Ebd.), entzogen werden. (Siehe auch: Lessenich, Stephan (2019) S. 33.)

Um zu erfassen Wer die Betroffenen der Exklusion sind, ist es nicht notwendig, die *vermeintliche Teilhabebereitschaft* zu bewerten.

Die Bezeichnung *demokratische Prozesse* beschränkt sich im vorliegenden Kontext von ungleicher politischer Teilhabe aber nicht nur auf Wahlen. Das hier aufgeführte Demokratieverständnis knüpft an Lessenich (2019) an.

Unter ›Demokratie‹ soll hier, in erster Näherung, das gleiche Recht aller Bürger*innen auf Teilhabe an der kollektiven Gestaltung der sie gleichermaßen betreffenden gesellschaftlichen Lebensverhältnisse verstanden werden. Die *gleiche Teilhabe an der politischen Gestaltung der eigenen Lebensverhältnisse*¹⁸.

Und mit Gesellschaft ist hier ein Verständnis gemeint, nachdem Gesellschaft allgegenwärtig, jedoch nicht klar definierbar ist.¹⁹

»Gesellschaft« ist eine Bezeichnung für ein komplexes Geschehen voller Verzweigungen und Widersprüche. Dahinter steht kein leitendes Prinzip, keine zentrale Macht, keine übergreifende Ordnung. Gesellschaft besteht aus zählebigen, aber auch aus flüchtigen Elementen, aus offensichtlichen Zusammenhängen und aus unerwarteten und schwer durchschaubaren Mechanismen. [...] Wir erfahren sie als Normalität, zugleich aber als etwas Unübersichtliches, als hartnäckige Gewohnheit, als Herausforderung, bisweilen auch als Ärgernis oder als Zwang. [...] Die Mitgliedschaft und Zugehörigkeit von Individuen zu modernen Gesellschaften gleicht eher einer vertraglichen Vereinbarung, wie man sie im Berufsleben als Mitarbeiter einer Firma eingeht. Es ist keine symbiotische Mitgliedschaft, sondern eine mit klar umrissenen Rechten und Pflichten, und jeder Einzelne steht immer teils innerhalb und teils außerhalb der jeweiligen Gesellschaft, weil er ihr ja nur mit einem Teil seiner Person, eben als Träger einer Funktion, angehört.²⁰

Vor dem Hintergrund dieses Verständnisses werden in die normative Problem-
beschreibung und deren Bearbeitung nicht nur wahlberechtigte Menschen und
auf Regierungszusammensetzung bezogene Wahlen eingeschlossen. Es wer-
den vielmehr auch Prozesse zwischen Menschen, unabhängig von Anzahl, Al-
ter, Staatsbürgerschaft oder staatsoffizielltem Charakter, in den Blick genom-
men, beispielsweise der Dialog zwischen Mieter*innen und Vermieter*innen
über die Aufwertung ihres Quartiers. Denn es sind vor allem die Menschen auf
Politik angewiesen, die sich immer weniger beteiligen. Gerade sie treffen häufig
auf Barrieren und haben wenige bis keine Berührungspunkte oder Möglichkei-
ten ihre Lebenswelten demokratisch zu gestalten, was in den folgenden Unter-
kapiteln erläutert wird.

¹⁸ Lessenich, Stephan (2019). S. 19 f.

¹⁹ Vgl. Schwietring, Thomas (2011). S.19

²⁰ Ebd. S. 26

2.1 Faktoren, die die Exklusion begünstigen

Auch wenn es schwierig ist, wissenschaftliche Aussagen darüber zu treffen, *wer* nicht an demokratischen Prozessen wie Wahlen teilhat und *warum*, lässt sich feststellen, dass Menschen aus Einwandererfamilien ohne deutsche Staatsbürgerschaft kein Wahlrecht haben, dass jüngere Menschen seltener wählen als ältere und, dass die soziale Lage für die politische Teilhabe maßgeblich ist.²¹

Je ärmer ein Stadtteil, desto weniger Wahlberechtigte wählen; und je geringer gebildet Menschen sind, desto seltener wählen sie. Andere Faktoren wie politisches Interesse oder politische Kompetenz, die die Wahlwahrscheinlichkeit beeinflussen, hängen ihrerseits von Einkommen, Bildung und Schichtzugehörigkeit ab.²²

Betroffene vom „Wandel der gesellschaftlichen Teilhabe“²³ sind vor allem Menschen, die über weniger Ressourcen in Einkommen und Bildung verfügen.²⁴

Der Rückgang der Wahlbeteiligung vollzieht sich fast vollständig am unteren Ende der Einkommensverteilung [...]. Beim mittleren Einkommensdrittel sinkt die Wahlbeteiligung ebenfalls, jedoch weniger stark als beim untersten. Dasselbe Bild zeigt sich, wenn statt des Einkommens Bildungsgruppen oder Schichten miteinander verglichen werden: Mit dem Rückgang der Wahlbeteiligung vergrößern sich die Beteiligungsunterschiede. Wer also von zwei Stadtteilen die Arbeitslosenquote kennt, kann mit hoher Treffsicherheit vorhersagen, in welchem die Wahlbeteiligung höher ausfällt. Die Arbeitslosenquote steht hierbei [in der Sozialwissenschaftlichen Analyse] stellvertretend für eine Fülle anderer Indikatoren, wie etwa das Durchschnittseinkommen, der Anteil von Gymnasiasten unter Jugendlichen, der Migrantenanteil, aber auch das Durchschnittsalter von Frauen bei der Geburt des ersten Kindes, die Auskunft über die soziale Lage eines Stadtteils geben. Sie alle korrelieren hoch miteinander und hätten auch verwendet werden können.²⁵

Bei der Frage, *warum* Menschen nicht an demokratischen Prozessen teilhaben, lässt sich zwischen *kollektiver* und *individueller* Exklusion unterscheiden. Die Gründe sind teils so komplex und individuell subjektiv, dass sie hier nur beispielhaft erfasst werden können.

Über *kollektive* Gruppen schreibt Thomas von Winter, dass weitgehend entschlüsselt wurde, welche Mechanismen es Teilen von Gruppen mit *schwachen Interessen*²⁶ ermöglichen, als Gruppe zu handeln. „1. die sozialen Eigenschaften der einzelnen Gruppenmitglieder, 2. die Eigenschaften der Gruppe, 3. die Haltung von externen Akteuren gegenüber der Gruppe und 4. der allgemeine gesellschaftliche und politische Kontext“²⁷ sind dabei die vier maßgeblichen Faktoren. Wer darüber

²¹ Vgl. Schäfer, Armin (2013).

²² Schäfer, Armin (2011). S. 153

²³ Vorländer, Hans (2017).

²⁴ Vgl. Vorländer, Hans (2017). Vgl. Schäfer, Armin (2013).

²⁵ Schäfer, Armin (2013).

²⁶ mit *schwachen Interessen* sind „im strengen Sinne [...] die sozialen Gruppen oder Teile von Gruppen [gemeint], die [die bestimmten Schwellen an Interessenbewusstsein und Ressourcenausstattung,] in einer oder in beiden Dimensionen unterschreiten.“ Winter, Thomas von (2019) S. 28

²⁷ Ebd.

nicht verfügt, wird im Umkehrschluss exkludiert und zählt wahrscheinlich zu den Betroffenen der Exklusion vom Bereich politischer Teilhabe. Thomas von Winter schreibt, dass diese Faktoren „nicht konstant sind, sondern sich in Abhängigkeit vom gesellschaftlichen und politischen Kontext verändern“²⁸ und die Chancen der Gruppen als Gruppen zu handeln werden entscheidend von Umgebungsfaktoren wie diesen bestimmt.²⁹ Kontexte, wie zum Beispiel, dass im Gegensatz zu Erwerbstätigen, Erwerbslose bei der Vertretung ihrer Interessen keine Macht durch die Androhung von Streiks, auf Politik, Staat und Arbeitgeber ausüben können.³⁰ Sie sind politisch und „strukturell im Nachteil [...] weil sie aufgrund ihres Ressourcenmangels weniger lobbyistische Aktivitäten entfalten können“³¹ und weil sie gegenwärtig bereits politisch unterrepräsentiert sind.³² Einer Gleichstellung von Interessen wirken darüber hinaus auch Bestrebungen der *Mittel- und Oberschicht*³³ entgegen, den Status quo zu erhalten.

Auf *individueller* Ebene wird die Teilhabe durch eine Abgrenzung zu *Schichtnachbarn*³⁴ zum Zweck einer vermeintlichen Aufwertung des eigenen Status, erschwert, was den Sozialkontakten schadet, Stigmata reproduziert, der Bildung eines Kollektivs und Prozessen der Solidarisierung entgegenwirkt.³⁵ Zusätzlich kommt es auch zu einer Abgrenzung seitens der *Mittel- und Oberschicht*, ebenfalls um den eigenen Status zu fördern oder zu verfestigen.³⁶ „Die Folge ist eine immer noch weithin unterschätzte Reduzierung des sozialen Integrationsvermögens von der Mitte der Gesellschaft nach unten, in die Kellergewölbe des Systems.“³⁷ „Politikferne und Nichtwahlneigung werden durch den Kontakt zu anderen Nichtwählern verstärkt“³⁸. Zusätzlich zu dieser Exklusion, liegen die

²⁸ Ebd. S. 31

²⁹ Vgl. ebd.

³⁰ Vgl. S. 32

³¹ Ebd.

³² Vgl. ebd.

³³ Die Einteilung von Bevölkerungsgruppen in *Schichten* ist aufgrund der negativen Konnotation der Begriffe als kritisch zu betrachten. Mangels geeigneterer alternativer Begriffe und weil sie in dieser und anderer Bezugsliteratur zu diesem Thema verwendet werden, werden sie auch hier verwendet.

³⁴ Mit Schichtnachbarn sind die Menschen gemeint, die zur selben Schicht gehören wie die Menschen, die sich abgrenzen.

³⁵ Vgl. Walter, Franz (2013). S. 13 f.

³⁶ Vgl. ebd. und vgl. Lessenich, Stephan (2019). S. 32

³⁷ Walter, Franz (2013). S. 15

³⁸ Schäfer, Armin (2013).

Gründe für eine im Vergleich zu den bessergestellten Gruppen niedrigere Wahlbeteiligung der sozial Schwachen [...] im geringeren politischen Interesse, einer schwächeren Parteibindung, dem mangelnden Zutrauen in eigene Kompetenzen und dem fehlenden Glauben daran, durch politisches Engagement etwas zu bewirken, sowie in der weniger ausgeprägten gefühlten Verpflichtung, wählen zu müssen.³⁹

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass Menschen mit eingeschränkter politischer Teilhabe, entgegen ihres grundgesetzlich verankerten Rechts, durch gesellschaftliche Rahmenbedingungen von der Ausübung ihrer Fähigkeit zur „Kontrolle über die eigene [politische] Umwelt“⁴⁰ ausgeschlossen werden.

2.2 Empirische Daten und Geschichte

Bezüglich einer geschichtlichen Einordnung des Wandels der Teilhabe erzählt Lessenich, dem hegemonialen Narrativ widersprechend, nachdem sich die Demokratie im Deutschland der Nachkriegszeit größtenteils auf einem Siegeszug wachsender Teilhabe befand und erst durch das Wachstum neoliberalistischen Gedankengutes Ausschlüsse aus demokratischen Prozessen zugelassen hat, von denen, die von Anfang an nicht vom Strom der wachsenden Demokratie mitgenommen wurden.⁴¹ Dabei erforscht er die Lebensumstände von Menschen, die sowohl von der Demokratie selbst, als auch von der Gesellschaft und teilweise auch im Rückblick auf die geschichtliche Erzählung des Siegeszuges der Demokratie, übersehen wurden.

Es geht darum, dass in der Geschichte der modernen Demokratie die Freiheiten der einen regelmäßig die Zwänge der anderen waren, dass die Berechtigung der einen auf der Entrechtung anderer beruhte.⁴²

Auch, wenn tendenziell „Demokratie als die Chance auf aktive Gestaltung der eigenen Lebensverhältnisse [...] ausgeweitet [wurde], und zwar sowohl in der Sozial- wie auch in der Sachdimension.“⁴³ Und auch vor dem Hintergrund, dass „[z]unehmend größeren Teilen der Bevölkerung [...] in zunehmend mehr Bereichen des gesellschaftlichen Lebens der vollwertige Bürgerstatus zuerkannt [wurde]“⁴⁴, so gilt trotzdem:

³⁹ Ebd.

⁴⁰ Nussbaum, Martha Craven (2015). S. 26 ff.

⁴¹ Vgl. Lessenich, Stephan (2019). S. 11 ff.

⁴² Ebd. S. 18

⁴³ Ebd. S. 24

⁴⁴ Ebd.

Die Geschichte der Demokratisierung ist eine Geschichte von Teilhabe durch Ausschluss. Und zwar bis auf den heutigen Tag.⁴⁵ Wer von der Entwicklung der modernen Demokratie als reiner Fortschrittsgeschichte redet, der bereinigt diese für gewöhnlich um deren zu vernachlässigende Kosten.⁴⁶

Dass die Interessen bestimmter Bevölkerungsgruppen nicht ausreichend vertreten und ihre Probleme nicht gelöst werden, zeigt neben dem Rückgang der Wahlbeteiligung jener Gruppen⁴⁷ auch die zunehmend sinkende Zufriedenheit mit Demokratie als Staatsform⁴⁸ und die seit Jahren gleichbleibende geringe relative, vertikale soziale Mobilität⁴⁹ in der *Schicht* der Benachteiligten. Auch die Digitalisierung von politischer Teilhabe, wie zum Beispiel online-Abstimmungen über kommunale Haushalte, hat entgegen ihrer Intention bestehende Unterschiede teils reproduziert und teils verstärkt.⁵⁰ Hinzu kommt, dass nach dem Modell der Systemtheorie von Niklas Luhmann anzunehmen ist, dass eine Exklusion aus einem gesellschaftlichen Teilsystem, wie dem der politischen Teilhabe, andere Exklusionen voranbringt oder erst herbeiführen kann.⁵¹

2.3 Folgen der Problemlage aus Perspektive von Gerechtigkeitstheorien

Nachdem nun eingegrenzt wurde wer die Benachteiligten sind, warum sie in dieser Lage sind und in welchem Verhältnis die von Exklusion politischer Teilhabe Betroffenen zur Gesamtbevölkerung stehen, wird in diesem Kapitel erläutert, inwiefern die Lage der Betroffenen als Problem einzuordnen ist, welches in seinem gesamten Ausmaß die Gesellschaft und die Demokratie als Ganze betrifft und bedroht. Dies erfolgt anhand von Gerechtigkeitstheorien, indem aufgezeigt wird, wie die Exklusion, zum Beispiel durch Übervorteilung von Gruppen mit *schwachen Interessen*, die Demokratie als System bedroht und somit auch die berührt, die nicht von dieser Exklusion betroffen sind oder sogar von ihr profitieren. Dadurch wird deutlich, inwiefern die in Kap. 2 genannten Ziele des Staates beziehungsweise der Demokratie verfehlt werden und welche Auswirkungen dies hat, wodurch anschließend ein möglicher Handlungsansatz für die Soziale Arbeit im Kontext von politischer Teilhabe erklärt werden kann.

⁴⁵ Ebd. S. 18 f.

⁴⁶ Ebd. S. 29

⁴⁷ Vgl. Schäfer, Armin (2015). S. 87 ff.

⁴⁸ Vgl. Bertelsmann Stiftung (2019). S. 7

⁴⁹ Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. 2018.

⁵⁰ Vgl. Leisegang, Daniel (2013).

⁵¹ Vgl. Luhmann, Niklas (1984).

Gerechtigkeitstheorien zeigen auf, wie eine Gesellschaft aufgebaut werden kann, um Benachteiligungen abzubauen, den Zustand der Gerechtigkeit zu erreichen und was passiert, wenn sie nicht gegeben ist.

In der politischen Philosophie und der Sozialphilosophie werden traditionell drei Grundarten der Gerechtigkeit unterschieden. Diese ergeben sich systematisch aus der Entfaltung der Struktur der Sozialbeziehungen, die in einem (politischen) Gemeinwesen logisch möglich sind. [...] Die Austauschgerechtigkeit bezeichnet den Verkehr von Bürgern, die Regelgerechtigkeit normiert, was die Bürger dem Gemeinwesen schulden, und die zuteilende Gerechtigkeit bestimmt, was die übergeordnete gesellschaftliche Instanz vor allem hinsichtlich der Verteilung äußerer Güter wie Ämter, Einkommen und Pflichten untergeordneten zuzuteilen verpflichtet ist (Otto / Schrödter 2009). Diese zuteilende Gerechtigkeit bildet den Kern dessen, was in sozialpolitischen oder sozialpädagogischen Debatten als soziale Gerechtigkeit verhandelt wird.⁵²

Neben den Unterscheidungen in Grundarten der Gerechtigkeit spielt auch die Frage nach dem Verhältnis von Gerechtigkeit und Gleichheit eine grundlegende Rolle in der Debatte der Gerechtigkeitstheorien. Gerechtigkeit und Gleichheit sind nicht gleichzusetzen, allerdings kann nach dem Verständnis von Rainer Forst Gleichheit eine Bedingung sein, die erfüllt werden muss, um Gerechtigkeit zu gewährleisten.⁵³

Im weiteren Verlauf werden hier die Folgen der Problemlage sozialer Ungerechtigkeit anhand von Rainer Forsts sozialphilosophischem Ansatz erklärt, welcher eine zuteilende Gerechtigkeitsperspektive nicht priorisiert, sondern

[d]ie Gerechtigkeit [...] als die menschliche Kraft und Größe bestimmt, sich Verhältnissen der Willkürherrschaft – Einzelner, Klassen oder Gruppen bzw. »der Verhältnisse« (die fälschlicherweise als unveränderbar erscheinen) – entgegenzustellen.⁵⁴

Dieser Ansatz kritisiert unter anderem am Capability Approach⁵⁵ und zuteilenden Gerechtigkeitsperspektiven, aber auch an Austausch- und Regelgerechtigkeit,

dass berechnete Ansprüche auf Güter nicht einfach »vorhanden« sind, sondern selbst nur diskursiv in entsprechenden Rechtfertigungsverfahren ermittelt werden können, an denen [...] alle als Freie und Gleiche beteiligt sind.⁵⁶

Nach Forst ist Gleichheit die Bedingung von Gerechtigkeit, welche vor der Verteilung der Güter, im Prozess der Rechtfertigung der Entstehung der Verteilungsautorität, gegeben sein muss.⁵⁷

⁵² Böllert, Karin; Otto, Hans-Uwe; Schrödter, Mark; Ziegler, Holger (2018). S. 516

⁵³ Vgl. Forst, Rainer (2015). S. 45 f.

⁵⁴ Forst, Rainer (2009). S. 40

⁵⁵ Vgl. ebd. S. 38 f.

⁵⁶ Ebd. S. 31

⁵⁷ Vgl. ebd. S. 34 f.

Bisherige Gerechtigkeitsansätze, wie sie zurzeit im demokratischen System Deutschlands umgesetzt werden, verfehlen laut Forst die gesetzten Ziele der Gewährleistung einer autonomen, würdevollen Lebensführung,⁵⁸ da eine neoliberale Verengung und Verdrehung den sozialpolitischen Diskurs so beeinflusst, dass ein Denken in sozialen Schichten und eine, der benötigten Gleichheit gegensätzliche, Umkehr der Rechtfertigungslast provoziert wird.⁵⁹ Dies hat zur Folge, dass *Ober- und Mittelschicht* sich auf den Erhalt des Status quo konzentrieren und die *Unterschicht* sich, wenn sie sich nicht sowieso aus dem Diskurs zurückzieht,⁶⁰ neben der sozioökonomischen Anstrengung das Existenzminimum zu erreichen von den Schichtnachbarn abgrenzt, in einem Versuch der Aufwertung.⁶¹ Als Folge werden den Betroffenen vermeintlich gerechtfertigt getroffene Entscheidungen vorgesetzt und Güter zugeteilt. Dadurch sind diese Gerechtigkeitsansätze nach Forst ungeeignet, da der Konsens über getroffene Entscheidungen und die Transparenz von Prozessen der Entscheidungsfindung nicht als gegeben betrachtet werden kann, weil die Voraussetzung der Gleichheit im *Prozess der Rechtfertigung der Entstehung der Verteilungsautorität* nicht erfüllt ist. Dieser Missstand resultiert aber auch daraus, dass dem Prozess unter anderem eine Übervorteilung aufgrund von Einkommensunterschieden vorausgeht, welche sich durch die Vererbung von Kapital und eine geringe soziale Mobilität⁶² reproduziert und auch zu einer *drohenden Re-feudalisierung*⁶³ führen kann. Transparenz und Konsens ist unter anderem auch deswegen nicht gegeben, weil korporatistisches Lobbying von Kapitalträger*innen und Wirtschaftsgruppen unter Ausschluss der Öffentlichkeit die Entscheidungen von Politiker*innen beeinflussen.⁶⁴ Zusammengenommen bewirken diese Ungleichheiten zahlreiche, extensive und subtile *individuelle* und *kollektive* Exklusionen politischer Teilhabe, womit das Ziel Gerechtigkeit herzustellen und damit Fremdherrschaft bzw. willkürlicher Herrschaft zu vermeiden nicht erreicht wird.

Franz Walter beschreibt Erkenntnisse aus der Soziologie, nach denen Menschen mit geringem sozialem und kulturellem Kapital in Folge der Abkopplung von demokratischen Prozessen in „Isolation, Antriebsschwäche, Resignation, kurz: in Teilnahmslosigkeit“⁶⁵ geraten, und sich selbst als überflüssig wahrnehmen, im Kontext

⁵⁸ Vgl. ebd. und vgl. Forst, Rainer (2015).

⁵⁹ Vgl. Walter, Franz (2013). S. 19 f.

⁶⁰ Vgl. ebd. S. 11 und S. 19

⁶¹ Vgl. ebd. S. 13

⁶² Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. 2018.

⁶³ Vgl. Forst, Rainer (2015). S. 47 f.

⁶⁴ Vgl. LobbyControl – Initiative für Transparenz und Demokratie e.V. Köln. (2022).

⁶⁵ Walter, Franz (2013). S. 10 f.

gesellschaftlicher und demokratischer Prozesse.⁶⁶ Dies hat zur Folge, dass sich die, die auf Politik angewiesen sind, immer weniger beteiligen. Die Konsequenz, die daraus gezogen werden sollte, ist, dass „die verteilungspolitischen und die institutionenpolitischen Aspekte gemeinsam betrachtet werden“⁶⁷ und einer neoliberalen Verzerrung des Diskurses um soziale Gerechtigkeit entgegengewirkt werden sollte.

Eine Gesellschaft, die Exklusion strukturell produziert, etwa in ihrem Bildungssystem, soll nicht den »Schwachen helfen«, sondern hat die Pflicht, die Strukturen zu verändern, die »Schwäche« hervorbringen.⁶⁸

Nur die Wünsche der von der Exklusion Betroffenen zu achten, ohne Teilhabe zu gewähren, ist demnach nicht die Lösung. „Inklusion [...] ohne Partizipation [...] [ist] nur die halbe Gerechtigkeit“⁶⁹ und reproduziert konstant die Exklusion, welche das Gleichheitsversprechen der Demokratie entwertet und dadurch demokratiefeindliches Gedankengut fördert und Demokratie zersetzende Handlungen vermeintlich rechtfertigt.⁷⁰ „[D]ie erste Aufgabe der Gerechtigkeit ist es, [der Gruppe der *Schlechtestgestellten*] eine echte Teilnahme und Teilhabe an den Institutionen der Gesellschaft zu ermöglichen.“⁷¹

CO ist eine Möglichkeit diese Leute wieder in gesellschaftliche Teilhabe- und Entscheidungsprozesse miteinzubinden, da hier politische Beteiligung im Nahraum möglich gemacht wird, ohne Hürden wie Wahlberechtigung oder als zu gering empfundenen Politikwissen. „Denn eine politische Gemeinschaft kann und muss mit vielen Kompromissen leben, nicht aber mit einer Kompromittierung der Gerechtigkeit.“⁷²

⁶⁶ Vgl. ebd. S. 19

⁶⁷ Forst, Rainer (2015). S. 53

⁶⁸ Forst, Rainer (2009). S. 80

⁶⁹ Forst, Rainer (2015). S. 51

⁷⁰ Vgl. Berg, Lynn; Üblacker, Jan (2020). S. 11 f. und S. 129 f.

⁷¹ Forst, Rainer (2015). S. 51

⁷² Ebd. S. 47

2.4 Handlungsansatz für die Soziale Arbeit

Auf Basis, der in den vorangegangenen Kapiteln beschriebenen Ausgangslage wird im Folgenden herausgearbeitet, warum die Soziale Arbeit in diesem Zusammenhang aktiv werden muss, warum Soziale Arbeit als Profession dazu geeignet ist zu handeln und wie gehandelt werden sollte.

Wie bereits dargelegt, ist das vorhandene gesellschaftliche bzw. politische System in Deutschland sozial ungerecht. Es erzeugt und reproduziert Ungleichheiten und das ist der erste Grund zu handeln, denn "Apathie stabilisiert herrschende Systeme."⁷³ Soziale Arbeit muss hier aktiv werden, da ihre Definition und ihre Berufsethik sie dazu verpflichtet Demokratie zu fördern und sich dabei an sozialer Gerechtigkeit und Social Justice zu orientieren.⁷⁴ Auch das im vorausgehenden Kapitel dargelegte Gerechtigkeitsverständnis zieht Soziale Arbeit in die Verantwortung, da diese wohlfahrtsstaatliche Aufgaben erfüllt und so Teil der sozialen Institutionen der gesellschaftlichen Grundstruktur ist, welche Teil der zu kritisierenden Problemstellung sind. Des Weiteren wird auch das Fördern gesellschaftlicher Entwicklungen, des sozialen Zusammenhaltes und eine Stärkung der Selbstbestimmung durch die Berufsdefinition Sozialer Arbeit durch den DBSH eingefordert, wobei die Prinzipien sozialer Gerechtigkeit und die Achtung der Vielfalt die Grundlage Sozialer Arbeit bilden.⁷⁵ Der herauszuarbeitende Handlungsansatz für die Soziale Arbeit im Kontext politischer Teilhabe soll in der vorliegenden Arbeit insbesondere auf Basis einer (professions-) ethischen Argumentation erfolgen, da es sich um ein Problem politischer Natur handelt und „[e]ine strikte Trennung von Ethik und Politik [...] dem Tripplemandat der Sozialen Arbeit [widerspricht].“⁷⁶ Dabei ist mit Politik weder Parteipolitik noch parlamentarische Politik gemeint.⁷⁷

Wenn wir im Kontext Sozialer Arbeit von Politik sprechen, ist die aktive Einflussnahme auf die Strukturen gemeint, die von den herrschenden Kräften der Gesellschaft vorgegeben werden und deren Folgen aus der Sicht der Profession für sie selbst und ihrer Klientel problematisch oder sogar schädlich sind und die verändert werden müssen.⁷⁸

Burzlaff und Eifler ergänzen: „Der Bezug auf die berufsethischen Prinzipien Sozialer Arbeit lässt Kritik nicht zu einer Frage des persönlichen Geschmacks werden, sondern legitimiert diese aus dem gesetzten Bezugs- und Referenzrahmen.“⁷⁹

⁷³ Walter, Franz (2013). S. 16

⁷⁴ Vgl. Burzlaff, Miriam (2021). S. 81

⁷⁵ Vgl. Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V. (2016b). S. 2

⁷⁶ Perko, Gudrun (2013). S. 227

⁷⁷ Vgl. Seithe, Mechthild (2014). S. 35

⁷⁸ Ebd.

⁷⁹ Burzlaff, Miriam; Eifler, Naemi (2018). S. 226

Das Miteinbeziehen der Ethik unterstreicht die Verpflichtung Sozialer Arbeit, tatsächliche Teilhabe und Teilnahme zu ermöglichen. Allgemeine Ethik ist von Relevanz, da diese

die Notwendigkeit zu einer für alle zumutbaren Regelung des Zusammenlebens dargelegt [hat] (Stichwort »Gesellschaftsvertrag«); zum anderen hat sie aufgezeigt, dass Verbindlichkeit in eine Regelungssituation nachhaltig nur getragen werden kann, wenn es gelingt, dass die von ihr betroffenen Menschen der Regelung zustimmen (Stichwort »Demokratie«).⁸⁰

Daran anschließend bildet die Ethik Sozialer Arbeit die Verknüpfung zwischen dem professionellen Handeln von Sozialarbeitenden und dem Anspruch auf eine autonome Lebensführung, die Gleichheit im *Prozess der Rechtfertigung der Entstehung der Verteilungsautorität* mit einschließt.

Die Ethik Sozialer Arbeit [...] zielt auf die Umsetzung des sozialen Konsenses. Ein Bestandteil des Konsenses bleibt als Anspruch die Möglichkeit für den Einzelnen, individuelle Wege zum Glück zu gehen. Demokratische Verfasstheit, Gerechtigkeit, Solidarität, Verwirklichungschancen und Menschenrechte treten als die unverzichtbaren Eckpunkte und Wertebezüge für das Anliegen der sozialen Konsensfindung hervor.⁸¹

Durch die Exklusion der Betroffenen aus gesellschaftlichen Strukturen und Teilhabeprozessen sowie der Gefahr von Übervorteilung und willkürlicher Einwirkung auf die eigenen Lebenschancen ergibt sich so eine eindeutige Begründung für die Soziale Arbeit aktiv zu werden. Noch deutlicher formuliert der DBSH eine hier relevante Handlungsaufforderung im Kommentar zur Definition unter der Klarstellung der zentralen Aufgaben.

In solidarischer Verbundenheit mit all jenen, die benachteiligt sind, zielt die Soziale Arbeit auf die Bekämpfung der Armut, die Befreiung der Schutzlosen und Unterdrückten und die Förderung der sozialen Eingliederung und des sozialen Zusammenhalts ab.⁸²

Soziale Arbeit muss sich demnach dem Abbau der Demokratie und der Entwertung des darin enthaltenen Gleichheitsversprechens entgegenstellen. Die Berufsethik wird hinzugezogen, um den Rahmen des beruflichen Selbstverständnisses abzustecken.

Das professionelle Selbstverständnis Sozialer Arbeit ist die Begründung, warum die Soziale Arbeit als Profession geeignet ist sich der Problemlösung anzunehmen. „Soziale Arbeit ist immer politisch, so oder so. Man muss sich entscheiden, wem man dienen will“⁸³. Auf diese Entscheidung wird in Bezug auf das Tripelmandat der Sozialen Arbeit in Kap. 3.3 noch genauer eingegangen. Diese

⁸⁰ Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V (2014a). S. 10

⁸¹ Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V (2014a). S. 11

⁸² Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V. (2014b). S. 1

⁸³ Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit Berlin. In: Staub-Bernasconi, Silvia (2018). S. 111

Entscheidung bzw. das Tripelmandat gibt der Sozialen Arbeit die Möglichkeit, sich bei der Problemlösung auf den Ethikkodex der Sozialen Arbeit zu berufen. Dieser schützt sie davor, von „wirtschafts-, parteipolitischen oder religiösen Interessen, bis hin zu menschenverachtenden Ideologien, Diktaturen, etc.“⁸⁴ instrumentalisiert zu werden, was sie hier davor schützen soll, den Status quo zu erhalten. Oder mit anderen Worten argumentiert man wie Schrödter,

dass Soziale Arbeit sich ausschließlich in dem Bezug auf den gesellschaftlichen Zentralwert der sozialen Gerechtigkeit von angrenzenden Professionen wie Psychotherapie, Medizin und Juristerei oder von Tätigkeitsfeldern wie Polizei und Politik unterscheiden kann⁸⁵

und dem Streben nach der Erfüllung sozialer Gerechtigkeit ihre besondere Eigenschaft erhält.

Bezüglich der Frage, wie die Soziale Arbeit handeln sollte, ist zu antworten, dass Soziale Arbeit Menschen befähigen, ermutigen und sie in Strukturen einbinden soll.⁸⁶ Sie soll hier über die Umsetzung von Ressourcenansprüchen hinaus handeln und muss politisch arbeiten. Dies wird auch durch den Social Justice Ansatz begründet, welcher die Skizzierung des notwendigen, möglichen Handlungsansatzes durch einen diskriminierungssensiblen Leitgedanken erweitert:

Strukturelle Diskriminierung als Ineinandergreifen von Diskriminierung von Menschen auf individueller, institutioneller und kultureller Ebene wird als eigenständige Kategorie für die Analyse von Exklusion und gesellschaftliche Ausschlüsse zugunsten von Anerkennungs- und Verteilungsgerechtigkeit, zugunsten der Partizipation aller Menschen an gesellschaftlichen Ressourcen (ökonomischen, kulturellen, sozialen, politischen etc.) angesehen – ungeachtet von Diversitätskategorien (wie z. B. Alter, Hautfarbe, zugewiesene »Behinderung«, soziale Herkunft/Klasse, kulturelle Herkunft/Migration u.v.m.) oder ihrer »Nützlichkeit«. Mit dieser Orientierung füllt Social Justice eine Lücke, wie Albert Scherr deutlich macht: »Die Bedeutung der Diskriminierungskategorie steht in einem augenfälligen Gegensatz dazu, dass eine eigenständige soziologische Thematisierung von Diskriminierung in der Bundesrepublik bislang nur in Ansätzen erfolgt ist.«⁸⁷

Und die konzeptionelle Basis einer Verknüpfung zwischen Sozialer Arbeit und Politik wird unter Bezug philosophischen Denkens hergestellt:

Als philosophisch-politisches und politisch-praxisorientiertes Gerechtigkeitsdenken, trägt Social Justice dazu bei, der Bedeutung philosophischen Denkens in der Sozialen Arbeit wieder mehr Gewicht zu verleihen, vor allem aber trägt es zur (Re)Politisierung Sozialer Arbeit bei.⁸⁸

⁸⁴ Staub-Bernasconi, Silvia (2018). S. 114

⁸⁵ Schrödter, Mark (2007). S. 7

⁸⁶ Vgl. Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V. (2016b).

⁸⁷ Perko, Gudrun (2013). S. 231

⁸⁸ Ebd.

Nach Alinsky sollte bei der Problemlösung sozialer Konflikte nicht nur strukturellen Problemen die gesamte Aufmerksamkeit gewidmet werden, da die Gesetze nicht die Menschen machen, sondern die Menschen die Gesetze.⁸⁹ Es ist vielmehr ein mehrperspektivisches, vielfältig fundiertes Vorgehen nötig, auch um die in Kapitel 2.3 benannte neoliberale Diskursverzerrung zu beenden.

Notwendig ist heutzutage eine transparente und nachvollziehbare ethische berufliche Orientierung in Dilemmata-Situationen, die dem eigenen fachlichen Anspruch gerecht wird. Nur so können die Kolleginnen und Kollegen auf eine berufsethische Orientierung zurückgreifen, wenn sich neoliberales Denken in der Gesellschaft nur auf Effizienz und Effektivität reduziert und Mitmenschlichkeit und Solidarität verloren gehen.⁹⁰

Eine Methode, die den Anforderungen dieser Problemlage und der Sozialen Arbeit gerecht werden kann, ist die des Community Organizing.

Das Konzept des Community Organizing hat damit einen zunächst – zweifellos wertvollen – normativen Hintergrund: Die politische Interessenlage sozial Benachteiligter zu stärken, durchaus auch systemkritisierend zu wirken, die ressourcenschwächsten Milieus der Gesellschaft zu stärken.⁹¹

Die besondere Rolle, die Organizierende bzw. Sozialarbeitende im Prozess des CO einnehmen sowie die methodisch besondere Beziehungsgestaltung und Positionierung im Gefüge unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessen, qualifiziert CO demokratische Teilhabe entsprechend zu fördern. In den folgenden Kapiteln wird CO als Methode näher erläutert.

⁸⁹ Vgl. Alinsky, Saul David (1999). S. 35 f.

⁹⁰ Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V. (2016a).

⁹¹ Hoefl, Christoph; Klatt, Johanna; Klimmeck, Annike et al. (2014). S. 55

3. Community Organizing als möglicher Beitrag einer politischen Sozialen Arbeit

Da Community Organizing eine mögliche Methode zur Bearbeitung des Problems ist, ist es Gegenstand des Erkenntnisinteresses. CO kann die komplexe problematische Lage, dass Soziale Arbeit Teil des zu kritisierenden und zu verändernden Wohlfahrtsstaates ist, nur bedingt bearbeiten. Der Einsatz von CO kann das Dilemma der Verwobenheit von Sozialer Arbeit mit dem Wohlfahrtsstaat nicht einfach auflösen. Aber in der auf Aushandlungsprozessen beruhenden Demokratie kann CO die Interessen und Diskurse stärken und so einen wichtigen Beitrag zum Abbau von Ungerechtigkeit leisten.

In diesem Kapitel wird erläutert, warum CO zur Bearbeitung für das hier aufgeführte Problem geeignet ist. Die darauffolgenden Kapitel betrachten den geschichtlichen Ursprung detaillierter, um den politischen Kontext der Methode zu verdeutlichen, anschließend wird näher betrachtet, wie Community Organizing in Deutschland rezipiert wird und welche Herausforderungen Sozialarbeiter*innen als Organizer*innen bezüglich der skizzierten Problemstellung begegnen.

Auf die Frage, warum man sich organisieren soll, antwortet das Europäische Community Organizing Netzwerk:

Weil eine aktive und kraftvolle Mitbestimmung der Bürger an den Entscheidungsprozessen, die ihre Stadtteile, Gemeinden, Städte und ganz Europa gestalten, den unerlässlichen Bestandteil gesunder Demokratien darstellt. Und weil die Zeit, in der wir leben, Herausforderungen auferlegt, die von Bürgern, die durch Werte des Mitgefühls und der Gerechtigkeit, der Toleranz und der Wertschätzung von Vielfalt geleitet werden, verlangt, starke Akteure in der Öffentlichkeit zu sein.⁹²

Diese Begründung stimmt mit dem in Kap. 2.2 dargestellten Gerechtigkeitsverständnis überein. Außerdem ist CO unabhängig und nachhaltig und unterscheidet sich von anderen Methoden kurzgesagt wie folgt:

Community Organizing arbeitet mit Menschen, im Unterschied zur Sozialarbeit, die für Menschen arbeitet. Diese Anwaltschaft bedeutet das Sprechen im Namen anderer, während Community Organizing Bürger darin bestärkt, für sich selbst einzutreten. Gemeindeentwicklung beinhaltet oft Partnerschaften zwischen Bürgern und Behörden. Community Organizing strebt die Arbeit mit den Behörden zwar ebenfalls an, doch erkennt es auch die bisweilen unvermeidbare Konfrontation und das Ausüben von Druck als Mittel an, die Behörden an ihre Verantwortung zu erinnern. Bürgerbünde und Bürgerinitiativen zielen oft auf ein einzelnes Thema, wohingegen Community Organizing danach strebt, eine dauerhafte und breit aufgestellte Organisation aufzubauen, die in der Lage ist, zahlreiche Themen anzusprechen.⁹³

⁹² European Community Organizing Network (2012). S. 6. Hier wird durch den Autor dieser Arbeit angemerkt, dass es in Bezug auf eine Organisation, die Mitbestimmung fördern will, angebracht wäre, nicht durch Verwendung des generischen Maskulinum einen großen Teil der Menschen zumindest sprachlich auszuschließen.

⁹³ European Community Organizing Network (2012). S. 8

Da das aktive, maßgeblich von den Betroffenen bzw. marginalisierten Gruppen ausgehende Handeln zur Problemlösung eine Anforderung ist, die eine Methode zur Problemlösung erfüllen muss, um der Exklusion politischer Teilhabe nachhaltig und vollständig entgegenzutreten, ist CO eine alternative Möglichkeit, denn die

neuen zivilgesellschaftlichen Selbstorganisationen wirken dem [wachsenden Abstand zwischen privilegierten und marginalisierten Gruppen] nicht entgegen. Denn diese greifen nicht nach unten, verschränken die heterogenen Gruppen nicht mehr in vertikaler Dimension, wie es die alte Sozialstaatlichkeit noch als zentrale Maxime verfolgte.⁹⁴

Durch Segregation entstehen homogene Quartiere, in denen von Benachteiligung und Exklusion aus politischer Teilhabe Betroffene die Mehrheit ausmachen. Da diese die Politik passiv wahrnehmen, fast nur *konsumieren* und sich auch eher mit dem eigenen Nahbereich beschäftigen,⁹⁵ bedarf es einer Inklusion in Teilhabeprozesse, welche nicht von der *Mittel- und Oberschicht* abhängig ist.

Die Wahrscheinlichkeit, im Nahumfeld mit anderen Nichtwählern konfrontiert zu sein, fällt in städtischen "Problemgebieten" sehr viel höher aus als in Vierteln, die von Armut und Arbeitslosigkeit weitgehend verschont geblieben sind. In armen Stadtteilen wählen sehr viel weniger Wahlberechtigte als in Wohlhabenden, und diese Unterschiede haben über die Zeit deutlich zugenommen.⁹⁶

CO hat vor diesem Hintergrund den Vorteil, dass es auf eine Ermächtigung der marginalisierten Gruppen zielt,⁹⁷ und ein anwaltschaftliches *nach unten Greifen* redundant macht. Durch Solidarität, Edukation über gesellschaftliche und politische Prozesse und dem Bewusstsein gemeinsamer Betroffenheit wird dabei die Grundlage für ein Bündnis gelegt, welches die geringste Macht der *Habenichtse* bündeln soll, damit sie gemeinsam ihre Interessen vertreten können. Dabei kann CO den Anforderungen der Berufsethik gerecht werden, die der DBSH als „Demokratische Verfasstheit, Gerechtigkeit, Solidarität, Verwirklichungschancen und Menschenrechte [...] als die unverzichtbaren Eckpunkte und Wertebezüge für das Anliegen der sozialen Konsensfindung“⁹⁸, zusammenfasst.

Es bedarf besonderer Anstrengungen, um eine gleichberechtigte politische Teilhabe zu ermöglichen. Menschen, die aufgrund ihrer Lebenssituation, ihrer Bildung oder gesellschaftlichen Stellung keine oder nur eine leiste Stimme haben, gilt es für Beteiligung zu gewinnen und sie dabei zu unterstützen, ihre Interessen zu artikulieren und ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen. Mit Community Organizing können inklusive Formen der Beteiligung nachhaltig gefördert werden.⁹⁹

⁹⁴ Walter, Franz (2013). S. 18

⁹⁵ Vgl. Klatt, Johanna; Walter, Franz (2011). 133-142

⁹⁶ Schäfer, Armin (2013).

⁹⁷ Alinsky, Saul David (1999). S. 24 ff.

⁹⁸ Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V (2014a). S. 11

⁹⁹ Sippel, Hanns-Jörg (2014).

Jedoch stehen „traditionelle Soziale Arbeit und CO, zumindest so wie CO von Alinsky verstanden wurde, in einem Spannungsverhältnis.“¹⁰⁰ Daher erfolgt in den nächsten beiden Kapiteln zunächst eine Betrachtung des geschichtlichen Ursprungs von CO und dann eine nähere Betrachtung von CO in Deutschland, um dieses Spannungsverhältnis besser zu verstehen und den Kontext in dieser Arbeit zu erklären.

3.1 Community Organizing - Geschichtlicher Ursprung

Der als *radikaler Demokrat*¹⁰¹ bezeichnete Saul D. Alinsky, geboren 1909 in Armut „in einem der schlimmsten Slums Chicagos“¹⁰² in den USA, hat Community Organizing geprägt¹⁰³ und wird allgemein oft als Vater des Community Organizing betrachtet. Von 1926 bis ca. 1930 studierte Alinsky an der University in Chicago, wo er sich auch an Solidaritätsaktionen beteiligte und Bergarbeiter*innen in ihrem Konflikt mit dem Gewerkschaftsführer John L. Lewis unterstützte. Nach seinem Bachelorabschluss in Archäologie 1930 an der University in Chicago zur Zeit der *großen Depression* gelang es ihm nicht, wie vielen US-Bürgern, mit seinem Abschluss seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Daraufhin war er auf Wohlfahrtsunterstützung angewiesen, um Lebensmittel und Miete zu bezahlen, was er jedoch ablehnte.¹⁰⁴ 1930 begann er Kriminologie zu studieren und um einen Einblick in die „kriminelle Szene“¹⁰⁵ zu bekommen, knüpfte er Kontakte zu Mitgliedern der „Bande von Al Capone“¹⁰⁶. Zu seiner Studienzeit besuchte er auch Soziologie-Seminare, deren Lehrinhalte wie auch Praxis er aber als lebensfremd und als nicht lösungsorientiert bezeichnete, wobei er vor allem kritisierte, dass Praktiker*innen der Soziologie sich zu viel damit beschäftigen, fachwissenschaftliche Diskurse über Problemlagen zu führen, anstatt diese Probleme praktisch zu bearbeiten.¹⁰⁷ Nach darauffolgender dreijähriger Tätigkeit als Kriminologe in einem Gefängnis war er „es leid, an Symptomen herumzudoktern, anstatt die Ursachen der Kriminalität zu bekämpfen“¹⁰⁸, welche nach ihm „schlechte Wohnverhältnisse, Diskriminierung, wirtschaftliche Unsicherheit, Arbeitslosigkeit und Krankheiten“¹⁰⁹ waren.

¹⁰⁰ Müller, Carsten; Szyuka, Peter (2010). S. 14

¹⁰¹ Vgl. Szyuka, Peter (2005). S. 62

¹⁰² Alinsky, Saul David (1999). S. 7

¹⁰³ Vgl. Szyuka, Peter (2005). S. 61

¹⁰⁴ Vgl. Alinsky, Saul David (1999). S. 8 f.

¹⁰⁵ Ebd. S. 9

¹⁰⁶ Ebd.

¹⁰⁷ Vgl. ebd. S. 8

¹⁰⁸ Ebd. S. 10

¹⁰⁹ Ebd. S. 10 f.

Unter anderem diese Auswirkungen sozialer Ungleichheit, welche auch aufgrund der Weltwirtschaftskrise in den USA hervorgebracht wurden, bewirkten, dass Alinsky sich den *radikalen*¹¹⁰ *Gewerkschaftskämpfen*, geleitet von John L. Lewis, anschloss, von dem Gewerkschaftsführer lernte, sich zunehmend sozial engagierte und eine „großangelegte Organisationskampagne“¹¹¹ miterlebte.

Mit einem Selbstverständnis als Organizer und seiner Berufsbezeichnung als „Antifaschist“¹¹² kehre er in die *Slums* Chicagos zurück, wo er in dem sogenannten *Back of the Yards* Viertel „den Faschismus an der Heimatfront bekämpfen“¹¹³ wollte. Dort baute er das *Back of the Yards Neighbourhood Council* auf (BYNC), ein Zusammenschluss aus Anwohner*innen und Arbeitnehmer*innen, welche er unter ihrem Bedürfnis nach besseren Arbeits- und Lebensbedingungen sowie einer Aufwertung des Quartiers vereinte. Die Gründung des BYNC entstand aus Alinskys Auffassung heraus, „dass nur durch einen ganzheitliche[n] Ansatz, der die gesamte Lebenssituation aller Menschen im Stadtteil verbessert, [Ziele wie] vorhandene Kriminalität zu verringern“¹¹⁴, erreicht werden. Peter Szyuka bestimmt Alinskys hier beschriebenes „ganzheitliches Denken“¹¹⁵, also das Kontextualisieren von Problemen, welches als Gegenteil von dem *Denken in Schubladen* verstanden werden kann, als Alinskys „Geheimnis seiner Professionalität“¹¹⁶. „Er nimmt damit eine systemische Sichtweise vorweg und beschreibt das Phänomen gesellschaftlicher Interdependenz“¹¹⁷. Des Weiteren stellt Alinsky „das Prinzip der Selbstorganisation der Bürger [...] als den Kern seines professionellen Handelns“¹¹⁸ und „nimmt damit vorweg, was fünfzig Jahre später in Deutschland von Luhmann in den »Formen des Helfens im Wandel gesellschaftlicher Bedingungen« als Übergang von der hochkultivierten zur modernen Gesellschaft beschreibt“¹¹⁹. Ergänzend unterscheidet Alinsky sich darin, dass er das Eigeninteresse der Menschen ansprach, anstatt zu versuchen durch Moralpredigten Aktion zu provozieren.¹²⁰ Um eine Community zum kollektiven Handeln zu bewegen, stärkte er die bisher nicht ausreichend handlungsfähigen Beziehungen, die vor dem Hintergrund

¹¹⁰ Alinsky betont, dass sein Verständnis eines *Radikalen* aus dem Wortsinn ‚an der Wurzel anpackend‘ hervorgeht und nicht, wie im ‚Volksmund‘ oft interpretiert wird, Gewalttätigkeit oder extremistisches Handeln meint. Vgl. Ebd. S. 27 ff.

¹¹¹ Ebd. S. 11

¹¹² Ebd.

¹¹³ Ebd.

¹¹⁴ Szyuka, Peter (2005). S. 66

¹¹⁵ Ebd. S. 64

¹¹⁶ Ebd.

¹¹⁷ Ebd.

¹¹⁸ Ebd.

¹¹⁹ Ebd.

¹²⁰ Vgl. Alinsky, Saul David (1999). S. 11

kollektiver wie individueller Exklusions- und Diskriminierungserfahrungen entstanden waren, indem er sie unter ihren gemeinsamen Interessen vereinte und ihnen aufzeigte, „daß viele Meinungen, die sie als ihre ureigenen betrachtet haben, von anderen geteilt werden, und sie entdecken, daß viele Probleme, die sie für ihre Privatsache hielten, allen gemeinsam sind.“¹²¹ „Wichtig an Alinskys Gedanken, die er wie sich selbst radikal nannte, ist auch die Tatsache, daß er diese Veränderungen innerhalb der bestehenden Gesellschaftsform, also systemimmanent, herbeiführen wollte.“¹²² Sowohl die Besonderheit im Vergleich zu damaligen Methoden zur Bekämpfung der Auswirkungen sozialer Ungleichheit als auch das „Kennzeichen [von Alinskys] Organisationen ist, dass hier mit Bürgern und nicht (stellvertretend) für die Klienten an der Verbesserung von Lebensverhältnissen gearbeitet wird“¹²³ und, dass CO konfliktorientiert ist. Konflikte sollen öffentlich ausgetragen werden, wobei die Macht, welche für und gegen die Inklusion der marginalisierten Organisierten wirkt, benannt werden soll. CO ist nicht an einer Anpassung der Adressat*innen an den Status quo interessiert.¹²⁴

Nachdem Alinsky und der BYNC zusammen erfolgreich die Qualität der Lebensräume und die Löhne der Bewohner*innen verbessern konnten, publizierte er „seine Strategie der stadtteilweiten Organisation von Organisationen und begründete damit die Praxis [...] [des] *Community Organizing*“¹²⁵.

Bezüglich der genauen Definition von CO ist anzumerken, dass CO als Ansatz einige Veränderungen durchlebt hat, seit Alinsky das erste Mal eine Community organisiert hat. Grund dafür ist unter anderem Alinskys vage gehaltene Definition von CO, da er praktisches Handeln meist über theoretische Gegenstandsbestimmung gestellt hat und der Meinung war, dass es Regeln und Prinzipien bedarf, welche anhand von Beispielen erläutert werden sollen, da individuellen Problemen nicht mit pauschalen Lösungs-Schemata begegnet werden kann.¹²⁶ Hinzu kam sein unerwartetes Versterben, die Veränderung der Vorgehensweise der Industrial Area Foundation (IAF)¹²⁷, die Alinskys Nachfolger vorgenommen hat, sowie die Veränderungen, von denen CO betroffen ist, wenn man es in verschiedenen Ländern anwendet. CO wurde von Alinsky selbst als Möglichkeit bezeichnet

¹²¹ Ebd. S. 67

¹²² Freyth, Marianne (1985). S. 55

¹²³ Szyuka, Peter (2005). S. 72

¹²⁴ Vgl. Alinsky, Saul David (1999). S. 141 f.

¹²⁵ Szyuka, Peter (2005). S. 64

¹²⁶ Vgl. Alinsky, Saul David (1999). S. 16

¹²⁷ „[Gegründet in 1940 ist die IAF das größte und älteste Netzwerk lokaler Glaubens- und Communitybasierten Organisationen der USA.]“ IAF. Übersetzt durch d. Verf. aus dem Englischen.

to create mass organizations to seize power and give it to the people; to realize the democratic dream of equality, justice, peace, cooperation, equal and full opportunities for education, full circumstances in which man can have the chance to live by values that give meaning to life.¹²⁸

Der/die Organizer*in hat dabei die Aufgabe

to belief that if people have the power to act, in the long run they will, most of the time, reach the right decisions. [...] Believing in people, the radical has the job of organizing them so that they will have the power and opportunity to best meet each unforeseeable future crisis as they move ahead in their eternal search for those values of equality, justice, freedom, peace, a deep concern for the preciousness of human life, and all those rights and values propounded by Judaeo-Christianity and the democratic political tradition.¹²⁹

Dabei benennt er Kriterien „für gute Arbeit von Organisationen“¹³⁰: ein umfassendes Programm „das die meisten Gruppen in der *community*“¹³¹ miteinbezieht und eine konkrete und unmittelbare Umsetzung ermöglicht.¹³² Des Weiteren: Ein Verständnis der Beteiligten von Macht und dem Grund des Bestehens der Organisation, passend gewählte Begrifflichkeit der Leitung, Haltung der Status quo-Institutionen im Umfeld der Bürgerorganisation, Kontroversen, an denen sich die Organisation beteiligt, Analyse von Statistiken, Identifizieren der Bürger*innen in Führungspositionen, Sicherheit der Mitgliedschaft in der Organisation und die Frage, ob die Bürger*innenorganisation „auf einer realistischen Basis [handelt, welche] die vorrangige Bedeutung von Eigeninteressen als Motiv der Mitglieder anerkennt“¹³³. Zusätzlich zu diesen Kriterien ist es ein wichtiges Anliegen, dass Organizer*innen lokale Führungskräfte erkennen und in ihrer Rolle als solidarische Multiplikator*innen die Größe und weitere Aspekte der Organisation fördern. CO stellt eine Anleitung bereit, wie Zusammenarbeit selbstbestimmt funktionieren kann.¹³⁴ Es ist jedoch stets zu beachten, dass „[d]ie beschriebenen Verhaltensweisen und Aktionen [...] nicht so ohne [W]eiteres übertragbar“¹³⁵ sind.

¹²⁸ Alinsky, Saul David (1989). S. 3

¹²⁹ Ebd. S. 11 f.

¹³⁰ Szyuka, Peter (2005). S. 69

¹³¹ Ebd.

¹³² Vgl. ebd.

¹³³ Ebd.

¹³⁴ Vgl. Alinsky, Saul David (1999). S. 16

¹³⁵ Ebd.

3.2 Community Organizing in Deutschland

Da diese Arbeit eine Frage nach dem Einsatz Sozialer Arbeit bei der Förderung demokratischer Teilhabe in den Quartieren und Sozialräumen der Menschen in Deutschland behandelt, wird im folgenden Kapitel näher betrachtet, wie CO ‚vor Ort‘ in Deutschland angewendet und rezipiert wurde und wird. Dies ist notwendig, weil CO als aus den 1930ern in den USA stammende Methode auf den ersten Blick den Eindruck erwecken kann, dass bei der Umsetzung im deutschen Wohlfahrtsstaat Aspekte der Methode nicht richtig angewendet werden können, wegfallen oder nicht mehr zeitgemäß sind. Zusammen mit der in der Problembeschreibung erläuterten Exklusion politischer Teilhabe ist ein Blick auf die Rezeption von CO vor dem Hintergrund sinnvoll, da der Aufbau einer Bürgerorganisation in den USA üblicher ist als in Deutschland und es noch Details in der Arbeitsweise Alinskys gibt, „die bisher in der deutschen Debatte um Professionalisierung von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern noch nicht hinreichend beachtet worden“¹³⁶ sind. Dazu wird im Folgenden auf die Auffassungen von CO von Carsten Müller, Peter Szyuka und des *Forum Community Organizing* (FOCO) zurückgegriffen, da Prof. Dr. Müller mit CO als Arbeits- und Forschungsschwerpunkt¹³⁷ und Dr. Szyuka mit CO als Lehrgebiet¹³⁸ Erfahrung haben und beide beim seit 25 Jahren bestehenden FOCO im Vorstand sind bzw. waren¹³⁹. Dies wird durch die Definition des seit 14 Jahren bestehenden *Europäischen Community Organizing Netzwerks* (ECON) ergänzt.

Den im vorausgehenden Kapitel beschriebenen Kriterien Alinskys nach, geht es bei CO um den Aufbau einer inklusiven Organisation, die „in der Lage [ist], einen repräsentativen Teil der Bevölkerung eines bestimmten Gebietes einzubeziehen“¹⁴⁰, was das in der Problemlage angesprochene Problem behandelt, dass manche Formen der Bürgerorganisationen nicht ausreichend nach unten greifen. Folgt man der moderneren Definition des ECON von 2012,

arbeitet [CO] mit Menschen aller Schichten, des Niedriglohnsektors und der Mittelschicht, Migranten, Obdachlosen und Menschen mit Behinderung, Senioren, Arbeitslosen und vielen mehr. Durch Community Organizing haben »gewöhnliche« Bürger eine aktive Rolle im demokratischen Aushandlungsprozess eingenommen, um Regierungs- und Wirtschaftshandeln verantwortungsvoller und transparenter werden zu lassen.¹⁴¹

¹³⁶ Szyuka, Peter (2005). S. 61

¹³⁷ Vgl. Müller, Carsten.

¹³⁸ Vgl. Szyuka, Peter.

¹³⁹ Vgl. FOCO.

¹⁴⁰ Szyuka, Peter (2005). S. 69

¹⁴¹ European Community Organizing Network (2012). S. 5

Dies lässt sich mit Szyuka ergänzen, welcher den Aufbau einer Bürgerorganisation als „einen Prozess der politischen Erwachsenenbildung“¹⁴² bezeichnet. „Die Bewohner eines bestimmten Gebietes lernen durch Anleitung externer Experten (Organizer), wie sie ihre Interessen erfolgreich öffentlich zur Geltung bringen können.“¹⁴³

Vereinfacht lässt sich CO definieren als aktivierende Beziehungsarbeit zum Aufbau von Bürger-Organisationen, etwa in einer Nachbarschaft oder einem Stadtteil. CO verfolgt das Ziel, Bürgerinnen und Bürger zu organisieren, damit diese für ihre eigenen Interessen machtvoll eintreten und eine nachhaltige Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen u. Ä durchsetzen.¹⁴⁴

Versucht man den dynamischen Prozess des CO zu konkretisieren, so kann man ihn in vier Phasen einteilen, welche als Spirale im Ziele des Aufbaus einer nachhaltigen, selbständigen Struktur, fortwährend wiederholt werden.¹⁴⁵ Zunächst gilt es, dass Organizer*innen Adressat*innen zuhören, um daraus einen *Auftrag* abzuleiten. Anschließend folgt Recherche und Strategieentwicklung bezüglich der identifizierten Probleme.¹⁴⁶ An dritter Stelle wird dann im Idealfall gemeinsam gehandelt und eine Aktion durchgeführt, um dann viertens „eine nachhaltig wirksame, demokratische Organisation aufzubauen.“¹⁴⁷ Dieser Ablauf soll aber nicht „als strenge Abfolge“¹⁴⁸ gesehen werden und einzelne Phasen können sich verschieben oder (mehrfach) wiederholen. Gespräche machen dabei den Hauptteil der Arbeit von Organizer*innen aus.¹⁴⁹ „[Bei CO] ist es notwendig, die in den persönlichen Gesprächen genannten Besorgnisse, Bedürfnisse und Ressourcen in konkrete und erreichbare Ziele zu verwandeln.“¹⁵⁰

Bezüglich der Unterschiede der Voraussetzungen für CO in den USA und in Deutschland sticht die Finanzierung hervor. Hier besteht laut Müller und Szyuka „für CO in Deutschland weiterer Entwicklungsbedarf“¹⁵¹.

¹⁴² Vgl. Szyuka, Peter (2005). S. 67

¹⁴³ Ebd.. Auch hier wird durch den Autor dieser Arbeit angemerkt, dass bei der Thematisierung von Inklusion marginalisierter Gruppen die Beschränkung auf die Kategorie der *Klasse*, durch Gendern zumindest sprachlich um die Inklusion von nicht-männlich gelesenen Menschen erweitert werden könnte/ sollte.

¹⁴⁴ Müller, Carsten; Szyuka, Peter (2010). S. 1

¹⁴⁵ Vgl. Forum für Community Organizing; Stiftung Mitarbeit (2014). S. 91

¹⁴⁶ Vgl. ebd. S. 93

¹⁴⁷ Ebd. S. 91

¹⁴⁸ Ebd.

¹⁴⁹ Vgl. Müller, Carsten; Szyuka, Peter (2010). S. 10

¹⁵⁰ Ebd.

¹⁵¹ Ebd. S. 21

[Außerdem wird oft] eingewendet, dass CO als amerikanische Methode dem Geist sowie den spezifischen sozialen Verhältnissen der USA, z. B. dem Fehlen eines ausgebauten Wohlfahrtsystems, entspräche und von daher nicht ohne weiteres auf Deutschland übertragbar wäre (vgl. FOCO 1996; vgl. Cromwell 2010, S. 22). Die [Erkenntnisse von Müller und Szynka] zeigen anderes, zumal CO eine flexible Methode ist, die verändert und an neue Verhältnisse angepasst werden kann. Und umgekehrt darf gefragt werden: Haben sich die wohlfahrtsstaatlichen Verhältnisse in Deutschland nicht selbst geändert?¹⁵²

Laut Dieter Oelschlägel ist die Rezeption von CO in Deutschland in drei Wellen geschehen.¹⁵³ Die erste Welle begann ca. 1950 und endete Mitte der 60er Jahre. Sie betraf „vor allem die Lehrenden an den Ausbildungsstätten“¹⁵⁴ und war stärker theoretisch als praktisch ausgerichtet. Szynka schreibt dazu:

Spätestens seit der deutschen Herausgabe der »Grundbegriffe und Methoden der Sozialarbeit« durch Hans Pfaffenberger im Jahre 1958 gehört Community Organization oder Soziale Gemeinwesenarbeit zum Methodenkanon der Sozialen Arbeit in Deutschland.¹⁵⁵

1966 war die zweite Welle mit einem „Anstieg praktischer GWA“¹⁵⁶ zu beobachten und ca. 1999 folgte die dritte, in der ECON und auch FOCO gegründet wurden und sich zunehmend für ein Mehr an Praktizierung und Ausbildung von CO eingesetzt wurde.¹⁵⁷ Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Evaluation der Projekte zur Zeit der Wellen der Rezeption, die Anwendbarkeit von CO als methodischen Ansatz bestätigt haben.¹⁵⁸

Bezogen auf die in den Kapiteln 2 bis 2.2 skizzierte Ausgangslage und die darauf gefolgten Erkenntnisse aus gerechtigkeitstheoretischen Überlegungen, zeigt sich die Eignung von CO zur Problembearbeitung, da deutlich wird,

dass Verantwortungsübernahme für die eigenen Belange unabdingbar an Mitbestimmung gekoppelt ist. Deshalb kann gerade CO dem Abbau des Sozialstaates die Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger entgegen setzen.¹⁵⁹

CO hat das Potential

das Selbstbewusstsein und die Rolle der Betroffenen [zu verändern], etwa vom Selbstbildnis einer ohnmächtigen Hilfeempfängerin hin zu dem einer aktiven Bürgerin auf Augenhöhe. Es kann zudem auch die Sichtweise von professionellen Sozialarbeitenden auf ihr »Klientel« positiv verändern [und] den Zusammenhalt untereinander, unter Betroffenen, in einer Nachbarschaft, in einem Stadtteil usw. [stärken.]¹⁶⁰

¹⁵² Ebd. S. 21

¹⁵³ Vgl. Oelschlägel, Dieter. S. 179

¹⁵⁴ Ebd. S. 180

¹⁵⁵ Szynka, Peter (2005). S. 61

¹⁵⁶ Oelschlägel, Dieter. S. 180

¹⁵⁷ Vgl. ebd. S. 180 ff.

¹⁵⁸ Vgl. Müller, Carsten; Szynka, Peter (2010). S. 19

¹⁵⁹ Ebd. S. 21

¹⁶⁰ Ebd. S. 16

Franz Walter hat erforscht, dass die von politischer Teilhabe Exkludierten Politik passiv wahrnehmen, fast nur *konsumieren* und sich auch eher mit dem eigenen Nahbereich beschäftigen.¹⁶¹ CO ist daher die passende Methode, da sie lokal agiert, tatsächliche Partizipation in den Vordergrund stellt und niedrighschwellig zulässt.¹⁶² Gleichzeitig ermöglicht sie es den Adressat*innen, die Verwobenheit von politischen Rahmenbedingungen über den Nahbereich hinaus zu erkennen, demokratische Teilhabeprozesse nach ihren Vorstellungen aufzubauen und zu verfestigen.¹⁶³ Außerdem setzt sich CO, wie auch das hier aufgeführte Gerechtigkeitsverständnis, als Ziel, (marginalisierte) Menschen vor Machtmissbrauch zu schützen.¹⁶⁴

Für das Erkenntnissinteresse der vorliegenden Arbeit bedeutet dies, wenn „der Sozialen Arbeit demokratisches Denken nicht fern [liegt], so kann – mit aller Vorsicht – CO als eine radikale Spielart und Methode demokratisch orientierter Sozialer Arbeit angesehen werden.“¹⁶⁵ Die damit verbundenen und weitere Herausforderungen für Sozialarbeiter*innen als Organizer*innen sollen im folgenden Kapitel beleuchtet werden.

¹⁶¹ Vgl. Klatt, Johanna; Walter, Franz (2011). S. 133-142

¹⁶² Vgl. Freyth, Marianne (1985). S. 52 ff.

¹⁶³ Vgl. ebd.

¹⁶⁴ Vgl. Alinsky, Saul David (1973). S. 51 ff.

¹⁶⁵ Müller, Carsten; Szyuka, Peter (2010). S. 15

3.3 Herausforderungen für Sozialarbeiter*innen als Organizer*innen

Als Konsequenz von Alinskys Standpunkt, nach dem bestehende Wohlfahrtsaktivitäten und sozialwissenschaftliche Forschungen nicht mehr vollbringen, als zum Erhalt des Status quo beizutragen, hat Alinsky die Verbesserung der Situation der marginalisierten Bevölkerung selbst in die Hand genommen und so ultimativ die Methode des Community Organizings hervorgebracht. Auch wenn Alinskys Kritik sich auf die sozialarbeiterischen bzw. wohlfahrtsstaatlichen Aktivitäten und gesetzlichen Regelungen in den USA in den 1920er/30er bis zu den 1960er Jahren bezieht, so gleichen seine Erkenntnisse über die Widersprüche und das Spannungsfeld sozialarbeiterischer Tätigkeiten denen, die in Deutschland als *Tripelmandat* bezeichnet werden. Das Tripelmandat ist ein konstitutives Element der Theorie nach Silvia Staub-Bernasconi.¹⁶⁶ Nach diesem begegnet die Soziale Arbeit, verstanden als Menschenrechtsprofession, immer den Mandaten von drei Auftraggeber*innen. „[E]in *erstes* seitens der AdressatInnen, ein *zweites* seitens der Gesellschaft und/oder Trägers und ein *drittes* seitens der Profession.“¹⁶⁷ Mit dem Tätigwerden als Organizer*in wird ein Mandat angenommen, welches sich in mehreren Aspekten von dem Tripelmandat unterscheidet. Diese Unterschiede erzeugen Spannungsfelder, welche sich in der Praxis auf die Benachteiligten so auswirken, dass sie die Förderung demokratischer Teilhabe be- oder sogar verhindern können. In diesem Spannungsfeld zu arbeiten und dabei noch CO wie von Alinsky theoretisiert anzuwenden, sind die Herausforderungen für Sozialarbeiter*innen, welche in diesem Kapitel thematisiert werden. Aufgrund der Ähnlichkeit werden die Parallelen zwischen Alinskys Erkenntnissen und denen des Tripelmandates gemeinsam aufgezeigt.

Das Tripelmandat beschreibt den „Praxisalltag der Sozialen Arbeit.“¹⁶⁸ In diesem werden Mandate nicht nur verschriftlicht als verbindliche Aufträge in „Texten, Gesetzen, Erklärungen, Verträgen und Vereinbarungen“¹⁶⁹ festgehalten. Im Praxisalltag „müssten zwischen allen drei »Akteuren« Kriterien über den grundsätzlichen und fallspezifischen Umgang mit den drei Mandaten diskutiert und, wenn sie nicht übereinstimmen, ausgehandelt werden.“¹⁷⁰ Die Aushandlung findet unter den

¹⁶⁶ Vgl. Staub-Bernasconi, Silvia (2018). S. 113 ff.

¹⁶⁷ Ebd. S. 113 f.

¹⁶⁸ Ebd. S. 121

¹⁶⁹ Ebd.

¹⁷⁰ Ebd.

„Mandatsträgern in einem Interaktionsfeld, in welchem unterschiedliche Perspektiven, Ansprüche, Argumente und Interessen zum Tragen kommen“¹⁷¹, statt.

Einem von 3 Akteuren beanspruchten Teilmandat mit höchst unterschiedlichen Machtpositionen, Interessen und Forderungen verpflichtet zu sein, die sich außerdem, wie die Geschichte zeigt, bis zur klaren Unvereinbarkeit widersprechen können, ist gewiss nicht einfach. Loyalitäts-, Rollen-, Handlungs- und Identitätskonflikte sind hier vorprogrammiert. Der Umgang mit dieser sozialen Konstellation gehört unabweisbar zu den Merkmalen der Disziplin und Profession Sozialer Arbeit.¹⁷²

Die in diesem Interaktionsfeld ausgetragenen Mandatsansprüche sind die Herausforderungen, die nachfolgend benannt werden:¹⁷³

Mit einer permanenten Orientierung an den Menschenrechten müssen Sozialarbeiter*innen unterschiedliche Perspektiven anerkennen, einnehmen und den *Akteure*innen* erklären. Außerdem sollten sie den Raum für ein wechselseitiges Einnehmen dieser Perspektiven schaffen. Ansprüche seitens der Adressat*innen, der Gesellschaft/ Träger und eigene professionelle Ansprüche müssen anerkannt sowie Argumente im Diskurs gefunden, abgewogen und verteidigt werden. Die Interessen der drei Akteure müssen verstanden, respektiert und hinterfragt werden, während Machtpositionen erkannt und ggf. ihre Verteilung angepasst werden müssen. Sozialarbeiter*innen übernehmen hier eine ständige Vermittlungsfunktion, bei der zeitgleich eine belastbare, zielführende Beziehung zu Adressat*innen aufgebaut werden muss, in der es aufgrund von Konfliktsituationen zu Loyalitäts- und Rollenkonflikten kommen kann. All dies, während man für das Verteidigen des professionellen Mandats „um den Verlust des Arbeitsplatzes und der Alterssicherung, Existenz, der Reputation, Freiheit, im Extremfall des Lebens fürchten muss“¹⁷⁴, zum Beispiel, weil die Gesellschaft/ der Träger es nicht gewohnt sind und es auch nicht gerne sehen, wenn man das Mandat der Adressat*innen oder der Profession priorisiert, weil es den Ruf, Betriebsablauf und Ressourcen der Gesellschaft/ des Trägers schädigen kann.¹⁷⁵ CO ist aber eine Methode, welche konfliktorientiert ist und dies auch gezielt in der Öffentlichkeit austrägt.¹⁷⁶ Durch fehlende zeitliche wie finanzielle Ressourcen und eine finanzielle Abhängigkeit vom Wohlfahrtsstaat,

¹⁷¹ Ebd.

¹⁷² Ebd. S. 114

¹⁷³ Für die benannten Herausforderungen wird kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben. Die Herausforderungen für Sozialarbeiter*innen sind vielfältig. Hier werden die benannt, welche sich aus der hier aufgeführten Literatur, in der theoretischen Verbindung der Position von Sozialarbeiter*innen als Organizer*innen gezeigt haben.

¹⁷⁴ Ebd. S. 121

¹⁷⁵ „Faktisch versagt uns die Politik die notwendigen Ressourcen, die wir brauchen würden, um nachhaltig und eben auch nicht ausschließlich anpassend zu arbeiten und schränkt unsere Freiheit massiv ein, uns für diese Menschen einzusetzen.“ Seithe, Mechthild (2014). S. 36. Außerdem auch vgl. Seithe, Mechthild; Wiesner-Rau, Corinna (2013). S. 194 und S. 197 f. und vgl. Burzlaff, Miriam (2020). S. 42

¹⁷⁶ Vgl. Alinsky, Saul David (1999). S. 140 f.

welcher gleichzeitig Problemlagen erzeugt und die Aufgabe hat diese abzubauen, wird zudem ein Austausch mit Kolleg*innen oder Supervisor*innen erschwert, wodurch auch Handlungs- und Identitätskonflikte nur bedingt bis gar nicht abgefangen werden können.¹⁷⁷

Eine weitere, mandatsbezogene Herausforderung zeigt sich, wenn die Forderungen der Bürger*innen scheinbar nicht umgesetzt werden können, da Gesellschaft/Träger nicht die Rahmenbedingungen oder die Kompetenz bietet und daraus ein Konflikt entsteht, welcher den Status quo infrage stellt.¹⁷⁸ Dieses Problem hat auch Alinsky beschrieben, als er die damaligen soziologischen Theorien teilweise als „zu lebensfremd“¹⁷⁹ kritisierte.

Alinsky war ein vehementer Kritiker des Wohlfahrtskolonialismus. Damit ist gemeint, dass vor allem staatliche Wohlfahrt den Nebeneffekt zeitigen kann, die Empfängerinnen und Empfänger in Abhängigkeit von Fremdleistungen zu bringen. Insofern kann eine rein paternalistisch verstandene Soziale Arbeit auch dazu beitragen, Benachteiligte nicht mächtig werden zu lassen [...], sondern in Ohnmacht zu halten. Soziale Arbeit steht so gesehen in der Gefahr, dazu beizutragen, soziale Konflikte zu entschärfen ohne deren Ursachen anzugehen. Ambivalenter Weise verhindert Soziale Arbeit so Veränderungen, anstatt diese gemäß ihrem politischen Mandat – wenn Soziale Arbeit ein derartiges Mandat haben sollte – zu befördern.¹⁸⁰

Bezogen auf deutsche Wohlfahrtsverbände benennen Müller und Szyuka hier das Problem, dass diese „ihre Klienten in der Regel als hilfebedürftig und defizitär“¹⁸¹ beschreiben, wodurch das Bild von Adressat*innen „als Bürger [...] die mit oft gefährdeten Rechten ausgestattet sind“¹⁸² und Wohlfahrtsverbände sich so selbst in eine politische Lage manövrieren, die Partizipation und Empowerment der Adressat*innen erschwert.

Eine Herausforderung, die Alinsky nicht benannt hat, tritt auf, wenn Forderungen der Bürger*innen gegen das professionelle Mandat verstoßen und folglich Sozialarbeiter*innen nach dem Aushandlungs- und Reflexionsprozess die Forderungen nicht unterstützen können. In solchen Fällen, zum Beispiel, „wenn die Klientin den Sozialarbeiter (z. B. in einem Rechtsverfahren) für nicht offen deklarierte Ziele zu instrumentalisieren versucht,“¹⁸³ müssen Sozialarbeiter*innen die Balance finden, ihr Handeln an den Adressat*innen zu orientieren, aber auch Grenzen zu ziehen,

¹⁷⁷ Vgl. Seithe, Mechthild; Wiesner-Rau, Corinna (2013). S. 117 und S. 124 f.

¹⁷⁸ Vgl. Müller, Carsten; Szyuka, Peter (2010). S. 184

¹⁷⁹ Alinsky, Saul David (1999). S. 10

¹⁸⁰ Müller, Carsten; Szyuka, Peter (2010). S. 15 f.

¹⁸¹ Ebd. S. 18

¹⁸² Ebd.

¹⁸³ Staub-Bernasconi, Silvia (2018). S. 117

während diese Grenzen trotzdem gewährleisten, dass Adressat*innen im Konflikt auf etwas Rekurs nehmen „oder sich an eine Ombudsstelle wenden können“.¹⁸⁴

Aber auch schon im Studium der Sozialen Arbeit entsteht eine Herausforderung für eine spätere Praxis von Sozialarbeiter*innen als Organizende. Während

das Studium der Sozialen Arbeit laut curricularer Bestimmung darauf zielt als Sozialarbeitende ein Politikverständnis zu entwickeln, um Ungleichheiten und soziale Probleme wie Armut verstehen, einordnen und in Zusammenhang mit dahinterstehenden ökonomischen, ethischen sowie sozialrechtlichen Dimensionen bringen zu können¹⁸⁵,

wird laut den Forschungsergebnissen von Burzlaff „suggeriert, dass der Fokus auf Anderes gerichtet ist.“¹⁸⁶ Außerdem

ist es nicht als Qualifikationsziel bestimmt, dass sich Sozialarbeitende aktiv in politisch-rechtliche Diskurse einbringen und Politiken, die dem Ethikkodex Sozialer Arbeit entsprechen, gestalten und implementieren können.¹⁸⁷

Und auch an der „Vermittlung und Erprobung von Strategien und Wegen zur Einflussnahme auf politisch-rechtliche Diskurse“¹⁸⁸ mangelt es. Darüber hinaus gibt es Modulbeschreibungen, welche schlussfolgern lassen,

dass es nicht unter den Verantwortungsbereich von Sozialarbeitenden fällt, geltende Normen auch in Frage zu stellen, kritischen Reflexionen zu unterziehen und diese z. B. mittels Politikanalysen auf ihre ethische Qualität hin zu überprüfen.¹⁸⁹

Dadurch, dass *politisches aktiv werden*, worunter man auch CO zählen kann, nicht bzw. in der Regel nicht im Studium gelehrt wird, müssen Sozialarbeiter*innen sich diese Kompetenzen außerhalb des Studiums aneignen und können nicht direkt auf akademisch erprobte Inhalte zurückgreifen.

Alinskys Meinung zu den Aktivitäten von Sozialarbeiter*innen und wohlfahrtsstaatlichen Institutionen ist insofern relevant, als er aus der Unzufriedenheit mit eben-diesen Aktivitäten Handeln abgeleitet hat, was dann zum Organisieren der ersten Communitys und ultimativ zur Entwicklung von CO als Methode geführt hat. CO wurde also nicht als Methode für Sozialarbeiter*innen entwickelt und hat daher auch keine Rücksicht auf die Herausforderungen genommen, die Sozialarbeiter*innen als Organizer*innen begegnen bzw. nicht versucht, diese zu lösen, da Alinsky das Mandat seitens der Adressat*innen in seinem Kampf „gegen Armut, Elend, Kriminalität“¹⁹⁰ und andere Ergebnissen sozialer Ungleichheit priorisiert hat.

¹⁸⁴ Ebd.

¹⁸⁵ Burzlaff, Miriam (2020). S. 46

¹⁸⁶ Ebd.

¹⁸⁷ Ebd.

¹⁸⁸ Ebd.

¹⁸⁹ Ebd. S. 47

¹⁹⁰ Alinsky, Saul David (1999). S. 129

Alinsky war bewusst, dass die Berücksichtigung von Mandaten, die nicht von den Betroffenen ausgehen, dazu führen kann, dass die demokratische Teilhabe der Betroffenen behindert wird. Zusammengefasst ist ebendieses Risiko für die hier präsentierte Problembeschreibung die bedeutendste Herausforderung für Sozialarbeiter*innen als Organizende.

3.4 Zwischenfazit - Die Bedeutung von Solidarität und Macht in Community Organizing

Zwischen der Kritik Alinskys am Wohlfahrtsstaat samt Wohlfahrtskolonialismus und den Herausforderungen des Tripelmandates Sozialer Arbeit gibt es signifikante Schnittmengen. Während Alinskys *radikaler* Lösungsansatz, verstanden als das Arbeiten als Organizer*in unter nur einem Mandat, dem auf der Seite der *Habenichtse* im Kampf gegen Armut, Ungerechtigkeit, (...) und Unglück,¹⁹¹ für Sozialarbeiter*innen, die nach dem Verständnis Staub-Bernasconis Soziale Arbeit unter dem Dach des Tripelmandates ausführen, Spannungsfelder erzeugt, so ist eine Mandatierung durch Betroffene nicht weniger wichtig als bei Alinsky, trotz Widersprüchen bei der Reflexion und Nutzung der beiden Ansätze.

Genau genommen stehen traditionelle Soziale Arbeit und CO, zumindest so wie CO von Alinsky verstanden wurde, in einem Spannungsverhältnis. Der Hauptunterschied ist wohl, dass im CO nichts für Menschen, sondern immer mit ihnen getan wird. Dennoch lassen sich zwischen CO und Sozialer Arbeit Zusammenhänge herstellen.¹⁹²

Auch, wenn Unterschiede in der Mandatierung bestehen und Herausforderungen erzeugt werden, wenn im Curriculum ein Erhalt des Status quo suggeriert wird und Kompetenzen zur Systemveränderung eher weniger gelehrt werden, profitiert CO von Sozialarbeiter*innen, welche im Zuge ihres Eigenmandates ihr Handeln ethisch und menschenrechtlich hinterfragen.

[Soziale Arbeit hat] eine anpassende Funktion, steht aber gleichzeitig mit ihrer Professionalität und Ethik zwangsläufig auf der Seite der Menschen, die sich ihr anvertrauen. Sie agiert immer im Widerspruch von Anpassung und Befriedung der Menschen auf der einen und Parteilichkeit und Gesellschaftskritik auf der anderen Seite.¹⁹³

Wird Soziale Arbeit entsprechend der hier zitierten Fachlichkeit praktiziert und wird den durch das Tripelmandat bestehenden Herausforderungen professionell begegnet, so fängt sie die Kritik von Alinsky auf und wirkt eben nicht als verlängerter Arm des staatlichen Interesses. Geschieht dies, so wird sich abgewendet von

¹⁹¹ Vgl. ebd.

¹⁹² Müller, Carsten; Szyuka, Peter (2010). S. 14

¹⁹³ Seithe, Mechthild (2014). S. 37

einem Erhalten des Status quo und die Förderung demokratischer Teilhabe vor Ort wird ermöglicht.

Neben den benannten Herausforderungen des Tripelmandates, wie „Verlust des Arbeitsplatzes und der Alterssicherung, Existenz, der Reputation, Freiheit, im Extremfall des Lebens“¹⁹⁴, gibt es in der Praxis noch weitere Herausforderungen, die, bei den teils ungewöhnlichen und konflikterzeugenden Beispielen aus der Praxis, möglich sind.¹⁹⁵ CO ist eine Methode der Machtgewinnung¹⁹⁶ und Macht, verstanden als „wesentliche Beeinflussung [...], die ein Bestandteil der Gesellschaft über einen anderen ausübt bzw. ausüben kann, ohne daß dieser in der Lage ist, sich der Einwirkung zu entziehen“¹⁹⁷, steht auch immer in Verbindung mit begehrten Herrschaftspositionen.¹⁹⁸ Bei CO genügt es jedoch nicht sich nur zusammenschließen. „Die Macht einer aktiven Bürgerbewegung resultiert in der starken Einigkeit für das gemeinsame Ziel“¹⁹⁹ und über den Zusammenschluss ist auch eine Finanzierung möglich, die die übliche finanzielle Abhängigkeit von Sozialarbeiter*innen abbaut. Bestehende Herrschaftspositionen, welche „wesentliche Bestandteile von Gefügen sozialer Ungleichheit“²⁰⁰ sein können, können in dem Machtgewinn einer Community Organisation eine Bedrohung für ihre Position und die damit einhergehenden Privilegien sehen. Daher ist es naheliegend, dass Inhaber*innen von Herrschaftspositionen jede Form von Macht nutzen, um den Status quo zu erhalten, in welchem sie Macht haben und deshalb die Einigkeit der Organisation und ihr Ziel angreifen, womit sie Sozialarbeiter*innen als Organizer*innen vor neue Herausforderungen stellen. Zum Beispiel kann durch eine gezielte mediale Beeinflussung die „Informationsfunktion“²⁰¹ von Medien instrumentalisiert werden, wenn „Medien die Folgen politischer Entscheidungen zu wenig darstellen, unerwünschte Meinungen verschweigen und Sachverhalte zu sehr vereinfachen“²⁰². So wird keine „ausgewogene Vermittlung von Themen, Meinungen und Interessen für Bürger“²⁰³ angeboten, mit der Folge, dass zum Beispiel der gesellschaftliche Diskurs über Sozialleistungen verzerrt wird und so Positionen, die Problemlagen individualisieren und den Sozialstaat aus der Verantwortung nehmen, überlegener

¹⁹⁴ Staub-Bernasconi, Silvia (2018). S. 121

¹⁹⁵ Vgl. Freyth, Marianne (1985). S. 80 ff.

¹⁹⁶ Vgl. Alinsky, Saul David (1989). S. 10

¹⁹⁷ Hradil, Stefan (2005). S. 258

¹⁹⁸ Vgl. ebd.

¹⁹⁹ Alinsky, Saul David (1974). S. 42 f.

²⁰⁰ Hradil, Stefan (2005). S. 258

²⁰¹ Obermaier, Magdalena (2020). S. 114

²⁰² Ebd. S. 120

²⁰³ Ebd. S. 114

dastehen. Dadurch wird der Rechtfertigungsdruck bestehender sozialarbeiterischer Maßnahmen und der Einfluss von neoliberalen Gedankengut auf von Exklusion politischer Teilhabe Betroffenen und die Gesellschaft als ganze, teils subtil, provoziert. Neoliberale Ideen wie „fördern und fordern“²⁰⁴, einer Leistungsgerechtigkeit die nicht funktionieren kann da ihr keine Chancengleichheit voraus geht²⁰⁵ oder eine *horizontale Abwertung* von *Schichtnachbarn* durch Stigmata, aber auch subtilere Beeinflussungen der öffentlichen Meinung setzen sich in der Lebenswelt und potenziell auch in den Werten und Wünschen der Betroffenen und der Gesellschaft nieder, wodurch aus Veränderungswünschen Aufträge/ Anforderungen werden können, welche an Sozialarbeiter*innen, auch in der Rolle als Organizer*innen, herangetragen werden. Die bestehenden Mechanismen gefährden somit das Verfolgen eines gemeinsamen Ziels. Ein Mittel, mit dem dieser versuchten Trennung bzw. Exklusion entgegengewirkt und die gezielte Teilhabe gewährleistet werden kann, ist Solidarität, mit der die Einigkeit der Organisation erhalten werden kann. Solidarität nimmt so bezüglich der Aspekte der Einigkeit und des Machtaufbaus²⁰⁶ einen hohen Stellenwert im Organizing ein.

Das demokratische Versprechen auf verallgemeinerte Teilhabe an sozialen Lebensgestaltungschancen und gesellschaftlichen Berechtigungsräumen lässt sich nur gegen die *gegenwärtig herrschenden, klassenstrukturierten Praktiken* seiner Einlösung verwirklichen. Genau deswegen und in diesem Sinne ist heute vor allen Dingen eines gefragt: Solidarität. Und Solidarität, so verstanden, ist keine Metapher für allgemeine Brüderlichkeit, für gesellschaftliche Einheit oder für einen modernen Sozialstaat, sondern ein politischer Kampfbegriff: Solidarität – Ausrufezeichen.²⁰⁷

Ob Solidarität von Sozialarbeiter*innen als Organizer*innen in diesem Sinne ausreichend gezeigt werden kann, ist eine Frage, die Alinsky, seiner Kritik am Wohlfahrtsstaat nach zu urteilen, wahrscheinlich verneinen würde. Diese Frage ist die Grundlage der Fragestellung dieser Arbeit, welche im nächsten Kapitel erläutert wird.

²⁰⁴ Gerdes, Jürgen (2014). S. 61 f.

²⁰⁵ Vgl. Forst, Rainer (2015). S. 52

²⁰⁶ Vgl. Szyka, Peter (2005). S. 66

²⁰⁷ Lessenich, Stephan (2019). S. 111

4. Fragestellung

Die offen gehaltene Arbeitsweise und der hohe Stellenwert von Solidarität in CO ermöglichen es, Kombinationen mit weiteren Formen der Solidarität zuzulassen. Dies erlaubt, in Form einer literarischen Argumentation, zu überprüfen, ob durch ein Weiterentwickeln der Kombination von CO und Formen der Solidarität, Sozialarbeiter*innen den aufgezeigten Herausforderungen in ihrer Rolle als Organizer*innen besser gerecht werden können. Vor dem Hintergrund der dargestellten Notwendigkeit einer Förderung demokratischer Teilhabe vor Ort durch die Soziale Arbeit ergibt sich die Fragestellung, die einen möglichen Beitrag des Solidaritätskonzeptes *Verbündet-Sein* in CO Prozessen ergründet:

*Enthält das spezifische Solidaritätskonzept Verbündet-Sein, Ideen, Potentiale oder Hinweise, welche Sozialarbeiter*innen dabei unterstützen können, den Herausforderungen bei der Anwendung der Methode Community Organizing gerecht zu werden?*

Zur Bearbeitung der Fragestellung, wird im anschließenden Unterkapitel das Solidaritätskonzept erläutert. Daraufhin folgt ein Prüfen auf Gemeinsamkeiten von VS und CO, um theoretisieren zu können, inwiefern die Kombination dieser Ansätze möglich ist. Darauffolgend werden die Ideen, Potentiale und Hinweise erarbeitet, um im abschließenden Unterkapitel die Fragestellung beantworten zu können.

4.1 Verbündet Sein als Teil des Konzeptes Social Justice und Diversity

Verbündet-Sein ist ein spezifisches Solidaritätskonzept, welches Teil des Konzeptes Social Justice und Diversity ist.²⁰⁸ Es ist eine eigenständige Konzeption des Social Justice und Diversity Konzeptes (SJD) und die daraus hervorgehenden Handlungsmöglichkeiten fußen auf einer eigenständigen Theoriebildung. Die konzeptuellen und theoretischen Grundlangen dazu werden im SJD-Trainings vermittelt.²⁰⁹ Um VS in seiner Komplexität gerecht zu werden, sollte daher zuerst das SJD erklärt werden.

4.2 Das übergeordnete Konzept Social Justice und Diversity

Social Justice und Diversity wurde 2001 als Konzept entwickelt von Leah Carola Czollek, Gudrun Perko und Heike Weinbach. Mit anfänglicher Orientierung an dem „Konzept Teaching for Diversity and Social Justice (Adams/Bell/Griffin 1997)“²¹⁰, das wie CO ebenfalls aus den USA stammt, wurden „im Zuge der langjährigen und intensiven Beschäftigung mit der Thematik viele Veränderungen, Spezifizierungen und vor allem Aktualisierungen im Kontext der Bundesrepublik Deutschland (BRD)“²¹¹ vorgenommen. In der mehrjährigen Weiterentwicklung des Ansatzes wurde auch das Konzept des VS hinzugefügt.²¹² SJD greift als Konzept „in vielfacher Hinsicht auf exiliert-marginalisierte Perspektiven“²¹³ zurück sowie auf

Theorien, die territorial gesehen oftmals aus den USA kommen, aber von Menschen entwickelt wurden, die aus vielen verschiedenen Ländern, nicht zuletzt im Zuge der Flucht vor dem Nationalsozialismus, emigriert waren und an eine jüdische Denktraditionen anknüpften.²¹⁴

Laut dem SJD sind in unsere Gesellschaft „eine Reihe von Formen *Struktureller Diskriminierung* [...] in Macht- und Herrschaftsverhältnisse“²¹⁵ eingebettet. Die Theorien auf denen das SJD wurzelt sind die

Gerechtigkeitstheorien (Iris Marion Young, Martha C. Nussbaum), [...] Pluralitäts- und Handlungstheorien (Hannah Arendt, Cornelius Castoriadis), [...] Feld- und Habitustheorien (Pierre Bourdieu), [...] Theorien des Dialogischen (Martin Buber, Emmanuel Lévinas, Franz Rosenzweig) sowie auf philosophischen und sozialwissenschaftlichen Zugängen, die Gegenwärtiges auch in seinem historischen Gewordensein begreifen (Cornelius Castoriadis).²¹⁶

²⁰⁸ Vgl. Czollek, Leah Carola; Perko, Gudrun; Kaszner, Corinne; Czollek, Max (2019). S. 15

²⁰⁹ Vgl. ebd.

²¹⁰ Ebd. S. 10

²¹¹ Ebd.

²¹² Vgl. ebd. S. 11

²¹³ Ebd. S. 191

²¹⁴ Ebd. S. 51

²¹⁵ Ebd. S. 9

²¹⁶ Ebd. S. 15

Und der

methodische Zugang im Social Justice und Diversity Training schließt an eine konstruktivistische Perspektive an, also an die Idee, dass über Sprache und Handeln gesellschaftliche Bedeutungen und Wirklichkeitsräume hergestellt und somit gesellschaftliche Realitäten geschaffen werden.²¹⁷

Die Grundlage „für das diskriminierungskritische Bildungs- und Trainingskonzept *Social Justice und Diversity*“ ist „eine Analyse und Kritik Struktureller Diskriminierung“²¹⁸, welche laut Czollek et al. dazu führt, „dass bestimmten Menschen aufgrund ihnen zugeschriebener Eigenschaften die Möglichkeit gesellschaftlicher Inklusion und Partizipation verwehrt wird.“²¹⁹ Des Weiteren steht im SJD Training die „Analyse der Herstellung Struktureller Diskriminierung sowie die Entwicklung von Strategien, um dagegen vorzugehen“²²⁰, im Mittelpunkt.

Neu ist bei Social Justice zudem die Intention, Verteilung und Teilhabe hinsichtlich der Fragen zu erweitern, wer an welchen Stellen aus welchen Gründen über Entscheidungsvermögen und Anweisungsmacht verfügt, wie die Arbeit aufgeteilt ist und welche kulturellen Reproduktionsmechanismen dabei eine Rolle spielen. Insofern ist den seit Ende der 1980er Jahre zur Diskussion gestellten Social Justice Theorien die Thematisierung von Macht- und Herrschaftsanalysen als Ausgangspunkt gemeinsam, wenngleich sie unterschiedliche Fokussierungen vornehmen²²¹.

Der Zweck jener aktualisierten Ausführung des SJD ist „die Realisierung von Anerkennungs-, Verteilungs-, Befähigungs- und Verwirklichungsgerechtigkeit für alle Menschen ungeachtet ihrer vermeintlichen Nützlichkeit oder Leistung.“²²² Die Erweiterung *der Frage nach Verteilung und Teilhabe* ist einer der Anknüpfungspunkte an die in der Problembeschreibung in Kap. 2.2 durch Forst dargestellte, nicht ausreichend hinterfragte, Reproduktion von Herrschaftsverhältnissen. Die Frage der Legitimierung von Entscheidungs- und Anweisungsmacht ist in beiden Gerechtigkeitsverständnissen zentral. Anerkennungsgerechtigkeit wird im SJD so definiert,

dass alle Menschen an gesellschaftlichen Belangen teilhaben und partizipieren können. Der Übergang zwischen Teilhabe und Partizipation ist graduell und verweist darauf, dass Menschen an etwas teilhaben können, was bereits gestaltet ist und/oder partizipieren können, indem sie Gesellschaft selbst aktiv mitgestalten und mitbestimmen. Wesentlich ist dabei der Aspekt der Freiwilligkeit: Es geht um die Möglichkeit der Teilhabe und Partizipation, nicht um den Zwang dazu.²²³

²¹⁷ Ebd. S. 47

²¹⁸ Ebd. S. 9

²¹⁹ Ebd.

²²⁰ Ebd. S. 22

²²¹ Perko, Gudrun (2013). S. 232

²²² Czollek, Leah Carola; Perko, Gudrun; Kaszner, Corinne; Czollek, Max (2019). S. 22

²²³ Institut für Social Justice & Radical Diversity (2019).

Dies sind deutliche Parallelen zu der Auffassung von Rainer Forst. Aber während Forst Theorien wie die von Hanna Arend kritisiert, stellt das SJD hier ausdrücklich einen Bezug her. So übernimmt das SJD den Ausgangspunkt einer „Gleichzeitigkeit von Gleichheit und radikaler Verschiedenheit“²²⁴. Auch an Arends Erkenntnis, dass „wir sprechend und handelnd die Welt gestalten [...] [und so] unterschiedliche Bedeutungen, Wirklichkeitsräume und zwischenmenschliche Beziehungen [...] [herstellen, welche sich wiederum] in Institutionen, Gesetzen oder kulturellen Ausdrucksformen“²²⁵ niederschlagen, knüpft das SJD an. Und durch diese Teilhabe „an der Erzeugung gesellschaftlicher Realitäten“²²⁶ wird auch die Tatsache, dass VS eine Handlungsmöglichkeit zur „Umgestaltung und Veränderung“²²⁷ von gesellschaftlicher Realität ist, abgeleitet.

Das SJD versteht

Diversity nicht romantisiert im Sinne einer Suche nach Möglichkeiten der optimalen Verwertbarkeit von Menschen oder einer Leistungssteigerung in Institutionen und Organisationen. Diversity wird erst dann zu einem relevanten Gegenstand diskriminierungskritischer Praxis, wenn Menschen aufgrund bestimmter Eigenschaften von gesellschaftlicher Partizipation ausgeschlossen werden. [...] Diversity bezieht sich [...] immer auf die Frage, wie wir in einer pluralen Gesellschaft inklusiv, partizipativ und diskriminierungsfrei miteinander leben können.²²⁸

Ferner wird dieses Verständnis um den Punkt des Diskriminierungskritischen Diversity konkretisiert:

Im Sinne von Social Justice und Diversity muss die Anerkennung der Vielfalt und radikalen Verschiedenheit von Menschen also immer verbunden sein mit einer Analyse und Kritik Struktureller Diskriminierung. Die Perspektive eines Diskriminierungskritischen Diversity zielt also nicht nur auf die Ablehnung jeder Form von Diskriminierung, sondern auch auf eine aktive Intervention in eine Gegenwart, in der Diskriminierung weiterhin die gesellschaftliche Realität strukturiert.²²⁹

Die „Bejahung von Pluralität“ des SJD geschieht „immer innerhalb des normativen Referenzrahmens der UN-Menschenrechtscharta“²³⁰. Um diese Radical Diversity zu erreichen, werden bestimmte Handlungs- und Veränderungsstrategien vorgeschlagen, mit denen bestehende Macht- und Herrschaftsverhältnisse verändert und damit auch Strukturelle Diskriminierung beendet werden soll. Eine dieser Handlungsstrategien ist das Verbündet-Sein.

Ein weiterer Anknüpfungspunkt zur Problembeschreibung ist darin erkennbar, dass „Social Justice [...] das konkretisiert, was in internationalen und nationalen

²²⁴ Czollek, Leah Carola; Perko, Gudrun; Kaszner, Corinne; Czollek, Max (2019). S. 9

²²⁵ Ebd. S. 37

²²⁶ Ebd.

²²⁷ Ebd.

²²⁸ Ebd. S. 17

²²⁹ Institut für Social Justice & Radical Diversity (2019).

²³⁰ Czollek, Leah Carola; Perko, Gudrun; Kaszner, Corinne; Czollek, Max (2019). S. 9

ethischen Standards und Richtlinien der Sozialen Arbeit als Menschenrechtsprofession (Staub-Bernasconi 2003) und als Gerechtigkeitsprofession angesprochen ist²³¹. Durch die „Fokussierung von struktureller Diskriminierung erweitert Social Justice soziologische Theorien sozialer Ungleichheit wie sie im deutschsprachigen Raum oftmals rekurrierend auf Pierre Bourdieu diskutiert werden.“²³²

Im SJD sind zudem deutliche Parallelen zur Haltung Alinskys erkennbar:

Das Konzept Social Justice und Diversity setzt bei der kritischen Analyse und Infragestellung von Macht und Herrschaft an: Macht (über die Individuen verfügen) und Herrschaft (als institutionalisierte Macht auf der Grundlage von Gesetzen, politischen Systemen und Ordnungen) sind voneinander abhängig, sie greifen ineinander und sind nicht einfach veränderbar, obgleich sie das Potential dafür enthalten. Gerade deshalb müssen sie immer wieder neu infrage gestellt und muss aktiv auf ihre Veränderung hingearbeitet werden.²³³

Auch Alinsky leitet marginalisierte Personen dazu an ihre Situation kritisch zu sehen und zu hinterfragen wer über sie herrscht und inwiefern sie selbst Macht ausüben können, um über sich selbst zu herrschen.²³⁴ Dies ist eine Parallele zu dem immer wieder neu Infragestellen und Verändern von Macht und Herrschaft im SJD.

Diese Theoriegrundlagen, die Orientierung an Sozialer Arbeit als Menschenrechtsprofession und die Anknüpfungspunkte zum Gerechtigkeitsverständnis, machen die besondere Eignung des SJD aus, auf die Problemlage dieser Arbeit bezogen zu werden. Die als kollektiv verstandene Diskriminierungserfahrung, eingebettet in Macht- und Herrschaftsverhältnisse, macht den Ansatz für die Soziale Arbeit nutzbar, wenn die Intervention Sozialer Arbeit, wie in 2.4 begründet, die demokratische Teilhabe und die damit zusammenhängende Frage nach Gleichheit in der Rechtfertigung der Entstehung der Verteilungsautorität,²³⁵ stellen soll.

²³¹ Perko, Gudrun (2013). S. 236

²³² Ebd. S. 231

²³³ Institut für Social Justice & Radical Diversity (2019).

²³⁴ Vgl. Alinsky, Saul David (1973). S. 50 ff.

²³⁵ Vgl. Forst, Rainer (2009). S. 34 f.

4.3 Was ist Verbündet-Sein

Verbündet-Sein zählt zu den Veränderungs- und Handlungsstrategien des SJD und ist als spezifisches Solidaritätskonzept „in Anlehnung an Arendt [...] eine Art der politischen Freundschaft, in der die Anliegen der Anderen die je eigenen Anliegen sind – ohne dabei paternalistisch zu sein.“²³⁶ Die Solidarität ist insofern spezifisch, als dass hier „nicht das Ich im Zentrum steht, sondern die Anderen, die einem nicht gleichen.“²³⁷ Bei VS wird eine Beziehung zwischen Menschen geschaffen

die im Kontext bestimmter Diskriminierungsformen Privilegien haben, und Menschen, die in diesem Kontext keine Privilegien besitzen. Ein Mensch kann im Sinne von Social Justice und Diversity zur_zum Verbündeten werden, wenn sie_er in bestimmten Bereichen und Feldern ihre_seine soziale Macht – mit Bourdieu gesprochen: sein ökonomisches oder kulturelles Kapital [...] – nutzt, um sich gegen Strukturelle Diskriminierung²³⁸

des Anderen, nicht Privilegierten, zu stellen. Auf die Frage, was aktive Verbündenschaft bedeutet, antwortet Max Czollek:

Das Konzept des Verbündet-Seins verbindet Gedanken der Intersektionalität mit einem Bündniskonzept. Verbundenheit wird hier immer als Veränderung hin zu einer radikal vielfältigen Gesellschaft verstanden.²³⁹

VS „ist mit dem Konzept der Bündnisse“²⁴⁰ verwandt, befindet sich aber im SJD in einer anderen Beziehung. Zum Beispiel „kann eine Person [...] in Bezug auf ihre soziale Herkunft zwar zur nicht-privilegierten Gruppe in Bezug auf Geschlecht und sexuelles Begehren, aber zur privilegierten Gruppe gehören.“²⁴¹ Der Unterschied zu üblichen Formen der Solidarität liegt hier in dem Handeln aus der eigenen, „privilegierten Situation heraus [...] für Menschen, die [...] Diskriminierung erfahren“²⁴² und darin, dass keine „Kategorie »ihresgleichen«“²⁴³ forciert wird sowie, dass „Sympathie, emotial[e] Nähe, Angehörigkeit zu einer Gruppe oder Eigennutz“²⁴⁴ keine Voraussetzung ist. Dies geschieht „ohne dabei paternalistisch zu sein oder identitätspolitische Homogenität vorauszusetzen“²⁴⁵, indem man sich zum Beispiel aus der privilegierten Situation heraus als Verbündete*r für die Menschen, die aufgrund ihres Geschlechts und/oder sexuellen Begehrens Diskriminierung erfahren

²³⁶ Czollek, Leah Carola; Perko, Gudrun; Kaszner, Corinne; Czollek, Max (2019). S. 40

²³⁷ Ebd.

²³⁸ Ebd.

²³⁹ Vgl. Czollek, Max im Interview mit Apraku 24.05.2021.

²⁴⁰ Czollek, Leah Carola; Perko, Gudrun; Kaszner, Corinne; Czollek, Max (2019). S. 40

²⁴¹ Ebd.

²⁴² Ebd.

²⁴³ Ebd.

²⁴⁴ Ebd.

²⁴⁵ Ebd. S. 19 f.

haben²⁴⁶ oder für Migrant*innen einsetzt, auch wenn man selbst keine*r ist oder als solche*r diskriminiert wird.²⁴⁷ „Die identitätspolitische Gleichheit zwischen Verbündeten und jenen, für die sie sich einsetzen, wird dabei nicht als Voraussetzung für ein Sprechen und Handeln im Sinne des Verbündet-Seins betrachtet.“²⁴⁸ Bei VS steht „das Interesse an Veränderung und das Interesse an Anderen in ihrem jeweiligen So-Sein [im] Zentrum.“²⁴⁹ In der Umsetzung des Bezugs von SJD zu Hanna Arendt geht es beim VS in der Praxis „um Sprach-/Handlungen zur Unterstützung einzelner oder sozialer Gruppen und um die Eröffnung von Handlungsräumen für jene, die von Struktureller Diskriminierung getroffen sind“.²⁵⁰ Diese Handlungen erfolgen dabei auf den drei Ebenen auf denen auch Diskriminierung stattfindet: 1. der individuellen

(Wen unterstütze ich wie, wem höre ich zu, wie verhalte ich mich, was tue ich?) [...] [2. der institutionellen] (Wo engagiere ich mich gegen institutionell festgeschriebene diskriminierende Praxen zugunsten anerkannter Umgänge?) [...] [3. der kulturellen] (Wo und wie gestalte ich Diskurse mit, wo vermittele ich plurale Werte?)²⁵¹

Mit Sprach-/ Handlungen übernehmen Verbündete Verantwortung dafür, Diskriminierungsstrukturen und -mechanismen zu thematisieren und zu unterbrechen und öffnen dadurch Räume, in denen die je diskriminierten Perspektiven (wie queere, jüdische, migrantische oder Arbeiter_innen-Perspektiven) sichtbar werden können.²⁵²

Praktiziert im Sinne des SJD ist VS eine aktive Beziehungsgestaltung gegen eine (Re)Produktion von Diskriminierung, bei der Strategien der Irritation eingesetzt werden, wie zum Beispiel ein „Undoing von Gender, Herkunft oder Identität“²⁵³. So können Sozialarbeiter*innen oder Organisationsmitglieder als Verbündete irritieren, indem sie „sich gegen Festschreibungen und Kategorisierungen eindeutiger (Gruppen-)Identitäten“²⁵⁴ aussprechen.

Eine andere Strategie zur Ausübung von VS ist „die Positionierung in der Nicht-Positionierung.“²⁵⁵ Hier wird durch ein

²⁴⁶ Vgl. Ebd. S. 41

²⁴⁷ Vgl. Ebd. S. 174

²⁴⁸ Ebd.

²⁴⁹ Ebd. S. 40

²⁵⁰ Ebd.

²⁵¹ Ebd. S. 40 f.

²⁵² Ebd. S. 42

²⁵³ Ebd. S. 41

²⁵⁴ Ebd.

²⁵⁵ Ebd.

Dinge dort in der Schwebel [...] belassen, wo Menschen durch Fremdzuschreibungen und stereotypierend-normative Vorgaben in ein Korsett gezwungen werden [...] [beabsichtigt,] sich normativen und identitätslogischen Zu- und Festschreibungen radikal zu entziehen [...] [und gleichzeitig] sich jeweils themenbezogen gegen Strukturelle Diskriminierung jeder Form zu positionieren. [...] Als Beispiel folgende Situation: Eine Person beginnt seine_ ihre Bewerbung auf eine Stelle mit den Worten »Ich bin verheiratet, habe zwei Kinder und bin katholisch.« Wenn der_ die Bewerber_ in sich mit Menschen verbündet sieht, die von einer solchen heteronormativen Interaktion ausgeschlossen werden, könnte er_ sie diese Einführung auslassen. Damit würden andere Bewerber_ innen nicht in die Situation gebracht, sich mit ihrer Biographie als Teil einer diskriminierten Gruppe verorten zu müssen. Weniger bekannt ist folgender Einstieg: »Ich bin nicht verheiratet, habe keine Kinder, bin Jüdin und lesbisch.«²⁵⁶

So wird eines der Ziele von VS deutlich: „die Wahrnehmbarmachung der radikalen Verschiedenheit von Menschen.“²⁵⁷

„Einem solchen Bündnis stehen nicht selten die Interessen, die gewohnten Denkweisen und Wahrnehmungsstrukturen der einzelnen Akteur_innen entgegen“²⁵⁸. Verbündet-Sein bedeutet radikale Diversität. Radikale Diversität steht im Gegensatz zu gesellschaftlich akzeptierten oder vermeintlich legitimierten Homogenitätsvorstellungen, weswegen die Nutzung von VS zwar Konflikte hervorbringt, aber auch „im Rahmen von Social Justice und Diversity ein hohes Maß an politischem Gestaltungspotential“²⁵⁹ mit sich bringt. Da alle Menschen potenziell Verbündete und/ oder von Diskriminierungserfahrungen betroffen sein können, „blieben nicht viele Menschen übrig, die nicht früher oder später Teil des Vorgehens gegen Strukturelle Diskriminierung würden.“²⁶⁰

So ist Deutschland auch geprägt von einer Tradition diskriminierender Politiken und Praxen, die sich nicht zuletzt in einem Potential antidemokratischer und diskriminierender Einstellungen und Verhaltensweisen zeigt [SIC] [...]. Um dieser Tradition in der Gegenwart entgegentreten zu können, bedarf es neuer Bündnisse. Diese müssen einerseits von jenen getragen sein, die selbst zu den Diskriminierten gehören – andererseits aber auch von jenen, die zwar Privilegien innehaben, die aber ebenfalls an einer Bekämpfung von Struktureller Diskriminierung interessiert sind.

VS kann hier vor allem auch gegen Populismus eingesetzt werden, der durch „Fiktion einer homogenen politischen Einheit“²⁶¹ versucht, ein gesellschaftliches Selbstverständnis „von Einheit, Identität und politischer Gemeinschaft“²⁶² zu erzeugen, welches tatsächliche „Komplexität und Pluralismus“²⁶³ leugnet. Populismus versucht „die Idee der Differenz und des Anderen aus dem Vorstellungshaushalt

²⁵⁶ Ebd. S. 41 f.

²⁵⁷ Ebd.

²⁵⁸ Ebd. S. 38

²⁵⁹ Vgl. ebd.

²⁶⁰ Ebd.

²⁶¹ Vorländer, Hans (2017).

²⁶² Ebd.

²⁶³ Ebd.

der Demokratie“²⁶⁴ zu entfernen. So wird, teilweise auch durch Sprachhandlungen, die Demokratie weiter gefährdet. VS basiert aber genau wie Demokratie „auf der Idee einer offenen Gesellschaft, die über die politische Ebene von Fall zu Fall integriert wird“²⁶⁵ und wirkt „[g]egen polarisierendes Denken, Vereinfachungen und festgezurte“ meist fremdbestimmte „(Gruppen-)Identitäten oder ein identitätspolitisches »Wir«“. ²⁶⁶

Um dies in der Praxis umzusetzen, setzt VS

Analog zur Prämisse der Selbstreflexion, wie [...] sie in Bezug auf Bündnisse [...] [besteht,] die Reflexion eigener Privilegien, ein kritisches Bewusstsein für eigene Gruppenzugehörigkeiten und Identitäten sowie ein Wissen um die strukturellen Dimensionen von Diskriminierungsformen voraus.²⁶⁷

Außerdem sollten Verbündete über die Fähigkeiten verfügen „sich mit eigenen Verhaltensmustern auseinander [setzen zu können] und [...] an deren Veränderung“²⁶⁸ arbeiten zu können, sowie Verantwortung dafür übernehmen zu können, „dass die Perspektiven von diskriminierten Menschen und Gruppen sichtbar und Diskriminierungsmechanismen thematisiert werden“²⁶⁹. Auch ein „[A]rbeiten an der Umverteilung von Ressourcen“²⁷⁰ ist eine Kompetenz, die Sozialarbeiter*innen oder Organisationsmitglieder als Verbündete beherrschen sollten.

VS könnte sich als eine entscheidende Voraussetzung oder zumindest eine wirkungsvolle Unterstützung für Sozialarbeiter*innen herausstellen, wenn diese CO betreiben wollen, betrachtet man diese Verknüpfung des SJD, dem VS entsprungen ist, zum Ethikkodex der Sozialen Arbeit:

[Demnach] sind Sozialarbeitende ferner dazu aufgefordert, über ein Diskriminierungskritisches Diversity (vgl. Czollek et al. 2019: 30 ff.) Strukturelle Diskriminierung erstens zu erkennen, zweitens gegen diese vorzugehen sowie drittens Radical Diversity (ebd.: 42 ff.) zu implementieren. Laut Ethikkodex haben Sozialarbeitende den Auftrag, sich mit Personen, die Diskriminierung erfahren, zu verbünden und für gesellschaftliche Verhältnisse einzutreten, die der Pluralität von Menschen gerecht werden und allen Menschen die Möglichkeit zu uneingeschränkter Teilhabe und Partizipation bieten. Zusammenfassend ausgedrückt, sind Sozialarbeitende nach erfolgter Lesart des Ethikkodex dazu aufgefordert, Social Justice zu fördern. Mit Rekurs auf Czollek et al. (2019) ist mit Social Justice auf ein spezifisches Gerechtigkeitsverständnis verwiesen, »das gleichzeitig Verteilungs-, Anerkennungs-, Befähigungs- und Verwirklichungsgerechtigkeit in den Blick nimmt« (ebd.: 24).²⁷¹

²⁶⁴ Ebd.

²⁶⁵ Ebd.

²⁶⁶ Czollek, Leah Carola; Perko, Gudrun; Kaszner, Corinne; Czollek, Max (2019). S. 9 f.

²⁶⁷ Ebd. S. 42

²⁶⁸ Ebd. S. 174

²⁶⁹ Ebd.

²⁷⁰ Ebd.

²⁷¹ Burzlaff, Miriam (2021). S. 81

VS könnte somit eine Chance für Sozialarbeiter*innen sein, ihrer Anwendung von CO die benötigte Solidarität hinzuzufügen, so die benannten Herausforderungen zu mildern und Soziale Arbeit gleichzeitig zu (re)politisieren. Eine (Re)Politisierung hätte möglicherweise das Potential, der *radikalen* Parteilichkeit nach Alinsky näher zu kommen. Um diese und weitere Potentiale sowie Ideen und Hinweise herausarbeiten zu können, werden im nächsten Kapitel zunächst bestehende Gemeinsamkeiten zwischen VS und CO erfasst, sodass eine Kombinierbarkeit dieser Ansätze besser eingeschätzt werden kann, bevor im darauffolgenden Kapitel die Ideen, Potentiale oder Hinweise benannt werden.

4.4 Gemeinsamkeiten und Gegensätzlichkeiten

Wie in Kap. 3.1 dargelegt, wurde CO basierend auf Erfahrungen aus *radikalen Gewerkschaftskämpfen*, mit dem Selbstverständnis als „Antifaschist“²⁷² und im Kontext der durch die Weltwirtschaftskrise verstärkten sozialen Ungleichheit ca. 1939 von Alinsky zur Bekämpfung von „Armut, Elend [und] Kriminalität“²⁷³ in den USA entwickelt. SJD basiert auf dem „Konzept Teaching for Diversity and Social Justice“²⁷⁴ von Adams, Bell und Griffin, das 1997 ebenfalls in den USA entstanden ist, und wurde 2001 von Czollek et. al. als Konzept in Deutschland zur „Analyse der Herstellung Struktureller Diskriminierung sowie [...] [zur] Entwicklung von Strategien, um dagegen vorzugehen“²⁷⁵ entwickelt. Alinsky verwendet „das Prinzip der Selbstorganisation der Bürger [...] als den Kern seines professionellen Handelns“²⁷⁶. CO wurde in drei Wellen, ca. 1950, 1966 und 1999 in Deutschland aufgenommen, Verbündet-Sein wurde ein paar Jahre nach 2001 als theorieeigenes Solidaritätskonzept zum SJD hinzugefügt. Die Selbstbezeichnung von Alinsky als „Radikaler“²⁷⁷ hat deutliche Parallelen zu der eines bzw. einer Verbündeten, definiert er doch Radikale als Menschen, die „für das Recht des Menschen auf Selbstbestimmung“²⁷⁸ kämpfen, für die der „Kampf seiner Mitmenschen [auch] [...] sein Kampf [...] [ist und die das] Leid ihres Nachbarn [als] ihr Leid“²⁷⁹ sehen.

²⁷² Alinsky, Saul David (1999). S. 11

²⁷³ Ebd. S. 129

²⁷⁴ Czollek, Leah Carola; Perko, Gudrun; Kaszner, Corinne; Czollek, Max (2019). S. 10

²⁷⁵ Ebd. S. 22

²⁷⁶ Szynga, Peter (2005). S. 64

²⁷⁷ Vgl. Alinsky, Saul David (1999). S. 27 ff.

²⁷⁸ Ebd. S. 29

²⁷⁹ Ebd.

CO wie auch VS teilen Problemlagen nicht in stereotypische Kategorien ein, sondern kontextualisieren diese und erkennen die gesellschaftliche Interdependenz. Betrachtet man die Wirkung von Privilegien als kontextbezogenes Sonderrecht eines Individuums oder auch einer Gruppe, das zum Beispiel basierend auf sozialen Vergabekriterien wie Anerkennung weitergegeben werden kann, zeigt sich deren machtstabilisierende und -fördernde Funktion. So erkennt man die Gemeinsamkeit zwischen CO und VS, das beide durch einen Zusammenschluss von Menschen eine Änderung der bestehenden Machtverhältnisse erreichen wollen. Ein Unterschied besteht darin, dass sich CO darauf fokussiert die marginalisierten Gruppen zusammenzuschließen, während VS aus der gesellschaftlichen Interdependenz den Schluss zieht, keine solch vollständige Trennung zu vollziehen und Marginalisierung Einzelner oder Gruppen als Problem für die Gesamtgesellschaft zu verstehen. Sowohl CO als auch VS sehen von paternalistischen Arbeitsweisen ab und setzen sich eine inklusive Praxis als Ziel.²⁸⁰ CO schließt dabei Einzelfallarbeit nicht in seine Zielmethoden mit ein.

Es bestehen also deutliche Gemeinsamkeiten im Macht- und Herrschaftsverständnis, aber leichte Unterschiede in der daraus resultierenden Praxis. Wie in Kap. 3 erklärt, wird bei CO durch Solidarität, Edukation über gesellschaftliche und politische Prozesse und dem Bewusstsein über gemeinsame Betroffenheit die Grundlage für ein Bündnis gelegt, welches die geringste Macht der Habenichtse bündeln soll, damit sie gemeinsam ihre Interessen vertreten können. Unterschiede werden deutlich, wenn es zu der Frage kommt, wer priorisiert als CO Mitglied angesprochen wird und wie mit der Macht umgegangen wird. VS handelt nicht „nach dem Prinzip der Mitgliedschaft, demzufolge wir solidarisch sind, wenn wir dazugehören“,²⁸¹ während es bei Alinsky gewünscht und ein Kriterium guten Organizing ist, wenn die Sicherheit der Mitgliedschaft gegeben ist.²⁸² Auch im Umgang mit der *Opposition* zeigen sich Unterschiede. Während CO Spott über die Opposition als legitime, den Zusammenhalt stärkende Waffe ansieht,²⁸³ würde VS vor dem Hintergrund des SJD verletzende Sprache als Form von Gewalt und Reproduktion struktureller Diskriminierung gar nicht beziehungsweise nur beding und kritisch anwenden.²⁸⁴ Es liegt die Vermutung nahe, dass es zudem Unterschiede in der Niederschwelligkeit von CO und VS gibt. Wie in Kap. 4.3 erklärt, ist „die Reflexion

²⁸⁰ Vgl. Alinsky, Saul David (1999) und vgl. Czollek, Leah Carola; Perko, Gudrun; Kaszner, Corinne; Czollek, Max (2019). S. 40

²⁸¹ Czollek, Leah Carola; Perko, Gudrun; Kaszner, Corinne; Czollek, Max (2019). S. 40

²⁸² Vgl. Szyuka, Peter (2005). S. 69

²⁸³ Vgl. Alinsky, Saul David (1989). S. 128

²⁸⁴ Vgl. Czollek, Leah Carola; Perko, Gudrun; Kaszner, Corinne; Czollek, Max (2019). S. 48 f.

eigener Privilegien, ein kritisches Bewusstsein für eigene Gruppenzugehörigkeiten und Identitäten sowie ein Wissen um die strukturellen Dimensionen von Diskriminierungsformen“²⁸⁵ Voraussetzung für das Praktizieren von VS. Jedoch ist es durch die Maxime des SJD Teil der ganzheitlichen Anwendung von VS diese Hürde zu überwinden und eine Anwendung zu ermöglichen, die einen Ausschluss aus einem potenziellen Bündnis verhindert, wodurch ein Überwinden dieser Schwellen möglich und gewollt ist. Das VS „für alle Lebensbereiche“²⁸⁶ angewendet werden kann, schließt eine Verwendung vor Ort durch CO mit ein.

Alinsky legte in der Regel seinen Fokus darauf, das *Selbstinteresse* (*self interest*) anzusprechen, um Menschen zu aktiver Organisationsmitgliedschaft zu bewegen, um dann die dadurch aktivierten Menschen zu nutzen und über deren *Beziehungen* (*relationships*) mehr Leute zu aktivieren.²⁸⁷ VS versucht in der Regel eher aus Selbstinteresse und Beziehung ein und dasselbe zu machen und sieht aufgrund der Verwobenheit und der Auswirkungen Struktureller Diskriminierung eher keine solche Trennung. Da es bei VS „auch darum [geht], den Blick auf den Einbezug anderer (potenzieller) Verbündeter zu richten, um die eigenen Wirkungsmöglichkeiten zu verstärken“²⁸⁸, ist eine organisierte Vernetzung wie im CO ebenfalls gewollt. Was CO und VS gemeinsam haben, ist zudem das Hervorrufen von Aktivität als Gruppe durch Edukation über die gemeinsame Situation der Exklusion.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen CO und VS liegt im Mandat. Alinskys Mandat als Organizer ist das auf der Seite der *Habenichtse* im Kampf gegen Armut, Ungerechtigkeit, (...) und Unglück²⁸⁹ (→ 3.4). SJD begründet sein Handeln durch das immer wieder neu Infragestellen und das aktive Hinarbeiten auf eine Veränderung von Macht und Herrschaft, basierend auf der Erkenntnis der Abhängigkeit und dem Ineinandergreifen dieser, die aus einer „kritischen Analyse und Infragestellung“²⁹⁰ hervorgeht. Dies „konkretisiert, was in internationalen und nationalen ethischen Standards und Richtlinien der Sozialen Arbeit als Menschenrechtsprofession (Staub-Bernasconi 2003) und als Gerechtigkeitsprofession angesprochen ist“²⁹¹. Aus diesem Unterschied kann eine Praxis resultieren, welche ihre Mittel zur Erreichung der selbstgestellten Ziele vor unterschiedlichen Hintergründen wählt und anders mit den Konflikten mit der Opposition umgeht. Dies soll jedoch nicht

²⁸⁵ Ebd. S. 42

²⁸⁶ Ebd. S. 60

²⁸⁷ Vgl. Müller, Carsten; Szyuka, Peter (2010). S. 10

²⁸⁸ Czollek, Leah Carola; Perko, Gudrun; Kaszner, Corinne; Czollek, Max (2019). S. 42

²⁸⁹ Vgl. Alinsky, Saul David (1999). S. 129

²⁹⁰ Institut für Social Justice & Radical Diversity (2019).

²⁹¹ Perko, Gudrun (2013). S. 236

suggestieren, CO sei als Methode ethisch fragwürdig. Die Menschenwürde ist bei CO und VS maßgeblich für das Handeln.

Alinsky selbst wirkt moralisch indifferent, wenn er schreibt, »moralisch ist für mich, was für die meisten das beste [sic!] ist«. Indes drückt sich hier die Erfahrung aus, dass Moralität und Handeln in einen Widerspruch geraten können, wenn vermeintliche Moral – gewissermaßen als Doppelmoral – dazu benutzt wird, die Besitzlosen (haves-nots) klein zu halten. Es muss also genau betrachtet werden, wann, welche moralische Vorstellung von wem, zu welchem Zweck in Anschlag gebracht wird. Andererseits besteht Alinsky darauf, dass allgemein anerkannte moralische Grundsätze, wie etwa die Formel „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ oder das Gebot der Menschenwürde Eckpfeiler jeder echten Bürger-Organisation sind.“²⁹²

Abschließend ist festzuhalten, dass durch die Literatur viele Gemeinsamkeiten aufgezeigt werden können, die eine Kombinierbarkeit annehmen lassen und die Unterschiede, die ausgemacht werden konnten, eine Kombination von CO und VS nicht beeinträchtigen. Demokratie und Teilhabe bekommen in beiden Fällen den höchsten Wert zugemessen, das Verständnis von Gerechtigkeit überschneidet sich insgesamt und aus den Theorien zu Macht- und Herrschaftsverhältnissen werden für die Praxis nur geringe unterschiedliche Schlussfolgerungen gezogen, Unterschiede bestehen in der Gestaltung von (Gruppen)Beziehungen und Konflikten.

²⁹² Müller, Carsten; Szyuka, Peter (2010). S. 9

4.5 Ideen, Potentiale und Hinweise

Da die Kombinierbarkeit angenommen werden kann, folgt nun literaturbasiert die Ausarbeitung der Ideen, Potentiale und Hinweise, um auf diesen Erkenntnissen aufbauend anschließend die Fragestellung beantworten zu können. Das Kapitel ist so aufgebaut, dass zuerst die Maxime des Arbeitens im SJD aufgeführt werden, da deren Ausübung notwendig zur ganzheitlichen Anwendung von VS ist und sie somit auch die Ideen, Potentiale und Hinweise beeinflussen. Im weiteren Verlauf wird dann immer das jeweilige Verständnis von Idee, Potential oder Hinweis definiert, bevor pro Begriff erarbeitet wird, inwiefern das spezifische Solidaritätskonzept *Verbündet-Sein* in der Herausforderung bei der Anwendung der Methode Community Organizing unterstützt. Dabei wird vor dem Hintergrund, dass VS in Form von Sprach-/ Handlungen auf den drei Ebenen der Diskriminierung stattfindet (→ 4.3), regelmäßig auf die benannten Herausforderungen (→ 3.3 und 3.4) und die zentralen Begriffe der Arbeit Bezug genommen. Weitere Struktur wird innerhalb der Unterteilung in Ideen, Potentiale und Hinweise durch die Orientierung an den Aufgaben der Organizer*innen, den Kriterien für gute Arbeit in CO (→ 3.1) und dem Prozessaufbau in CO, also den Phasen der Organizer Spirale (→ 3.2) und den Erkenntnissen über die Gründe individueller und kollektiver Exklusion (→ 2.1) erzeugt, indem diese an den entsprechenden Stellen verknüpft werden.

Die Maxime des Arbeitens im Social Justice und Diversity Konzept leiten zusammen mit den Aspekten, die Verbündete auszeichnen, das Handeln als Verbündete*r. Die Maxime:

Es geht um die Öffnung von Denkräumen, das Aushalten unterschiedlicher Perspektiven und neuer Erfahrungen. Die verschiedenen Diskriminierungsformen werden nicht hierarchisiert. Der Fokus liegt auf den strukturellen Dimensionen von Diskriminierung, die allen Diskriminierungsformen zugrunde liegen. Es geht um ein Erleben der Sinnhaftigkeit, miteinander statt gegeneinander zu denken und zu handeln. Niemand wird gezwungen oder persönlich aufgefordert, sich zu äußern. Es gibt keine ‚erwünschten‘ Antworten von Teilnehmer_innen. Es wird keine Interpretation seitens der Trainer_innen über mögliche psychologische oder biographische Hintergründe von Beteiligung, Sprechen oder Nicht- Sprechen vorgenommen. Es gibt keine Norm, wie eine Beteiligung von Teilnehmer_innen auszusehen hat (manche sprechen, manche sprechen nicht, manche stehen, manche sitzen etc.). Schweigepausen sind im Training erwünscht und dienen dem Nachdenken, der Reflexion über die jeweilige Thematik. Es gibt keine Sprechverbote, sondern die Aufforderung, Verantwortung zu übernehmen für das, was jede_r Einzelne sagt (reflektierendes Sprechen, anerkennende Sprache). Es geht nicht um Moralisierung und Beschämung, sondern um Verstehen und Reflexion.²⁹³

²⁹³ Czollek, Leah Carola; Perko, Gudrun; Kaszner, Corinne; Czollek, Max (2019). S. 44 f.

Und die Aspekte, die Verbündete auszeichnen:

Sie haben ein Bewusstsein für vorhandene Privilegien. Sie setzen sich mit eigenen Verhaltensmustern auseinander und arbeiten an deren Veränderung. Sie übernehmen Verantwortung dafür, dass die Perspektiven von diskriminierten Menschen und Gruppen sichtbar und Diskriminierungsmechanismen thematisiert werden. Sie arbeiten an der Umverteilung von Ressourcen. Sie handeln auch gegen Strukturelle Diskriminierung, wenn es nicht in ihrem unmittelbaren Interesse ist.²⁹⁴

VS wird als Methode des SJD mit einer konstruktivistischen Perspektive so verstanden und angewendet, „dass über Sprache und Handeln gesellschaftliche Bedeutungen und Wirklichkeitsräume hergestellt und somit gesellschaftliche Realitäten geschaffen werden.“²⁹⁵ Das Beherrschen dieser Perspektive sowie der aufgezählten Kompetenzen und Maxime bewirken, wie in Kap. 4.4 dargelegt, dass Verbündet-Sein nicht so niedrighschwellig wie CO ist. Dies muss beachtet werden bei der Kombination von VS und CO und bei dem Erarbeiten der folgenden Ideen, Potentiale und Hinweise.

4.5.1 Ideen

Eine *Idee* wird hier definiert als eine „Vorstellung von etwas auf einer hohen Stufe der Abstraktion“²⁹⁶, die auch ein Leitbild sein kann, „das jemanden in seinem Denken [und] Handeln bestimmt“²⁹⁷. Als Ideen werden hier also überwiegend Aspekte des theoretischen Hintergrunds und der Haltung bzw. der Utopie des Social Justice und Diversity Konzepts betrachtet, die in Form von VS mit CO kombiniert Vorstellungen oder Leitbilder hervorbringen, die möglicherweise Sozialarbeiter*innen bei deren Herausforderungen bei der Anwendung der Methode Community Organizing unterstützen.

“Der Organisator sollte immer bedenken, daß die persönliche Identifikation sich in vielen indirekten Formen ausdrückt.“²⁹⁸ Organizende müssen die Beziehungssysteme und die persönlichen Identifikationen der Adressat*innen erkennen und verstehen können. Ansonsten werden sie an den meist aufgefundenen Gruppendynamiken mit ihrem Innen und Außen scheitern und der generell existierenden Opposition nichts entgegenbringen können.²⁹⁹ Die Maxime von SJD und die Anforderungen von VS fördern die hier benötigte Abstraktions- und Analysekompetenz. So kann die Phase des Zuhörens (→ 3.2) und das Kriterium, lokale

²⁹⁴ Ebd. S. 174

²⁹⁵ Ebd. S. 47

²⁹⁶ Duden.de.

²⁹⁷ Ebd.

²⁹⁸ Alinsky, Saul David (1999). S. 101

²⁹⁹ Vgl. Ebd.

Führungspersönlichkeiten zu identifizieren, erfüllt werden (→ 3.1). Und auch der Herausforderung entstehender „Loyalitäts-, Rollen-, Handlungs- und Identitätskonflikte“³⁰⁰ (→ 3.3) kann dadurch mit Solidarität begegnet werden, die auf Erkenntnissen gesellschaftlicher Interdependenz und struktureller Diskriminierung wurzelt und realitätsferne, symbol- oder identitätspolitische Forderungen zur Positionierung im Konflikt verneint.

Die Veranschaulichung der Zusammenhänge und der Risiken struktureller Diskriminierung durch VS kann eine Idee für CO sein, wie Mitglieder für die Organisation gewonnen werden. Indem man aufzeigt, dass, auch bei aktueller Nicht-Betroffenheit von Exklusion, die Existenz und Akzeptanz von Exklusion die Sicherstellung demokratischer Teilhabe jener entkräftet, die (noch) keine Diskriminierungserfahrungen benennen. In der Praxis kann das zum Beispiel bedeuten, an Beispielen aus dem Quartier aufzuzeigen, inwiefern das Verwenden von Stereotypen bewirkt, dass die allgemeine Nutzung von Stereotypisierungen gesellschaftlich verfestigt und legitimiert werden und so auch zur Folge haben können, dass neue Stereotypen entstehen, die die individuelle und kollektive Inklusion bisher inkludierter Gesellschaftsmitglieder gefährdet (→ 2.1). Das Macht- und Herrschaftsverständnis des SJD bietet hier das Leitbild, dass sich ebendiese legitimierte Exklusion reproduziert, wenn Sozialarbeiter*innen als Organizer*innen „soziale Konflikte [...] entschärfen ohne deren Ursachen anzugehen“³⁰¹ und Solidarität fördern sollten, um Alinskys befürchteten *Wohlfahrtskolonialismus* zu verhindern und demokratische Teilhabe zu ermöglichen.

Eine weitere Idee, die CO möglicherweise von VS übernehmen kann, ist der Aspekt, dass Menschen bei VS ihren eigenen privilegierten Status bewusster riskieren. CO könnte diese Idee aufnehmen und in den Aufbau einer Bürgerorganisation gedanklich integrieren oder sogar einen Schritt weiter gehen und mit der Organisation den Menschen ermöglichen, diesen riskanten Schritt zu gehen, indem präventiv auffangende Netze für den Verlust von Privilegien konstruiert werden. So würde auch der durch das Tripelmandat hervorgebrachten Herausforderung des Risikos von „Verlust des Arbeitsplatzes und der Alterssicherung, Existenz [und] der Reputation“³⁰² (→ 3.4) begegnet werden können. Dies unterstützt eine auf den Menschenrechten und dem Mandat der Adressat*innen begründete Entscheidung

³⁰⁰ Staub-Bernasconi, Silvia (2018). S. 114

³⁰¹ Müller, Carsten; Szynga, Peter (2010). S. 15 f.

³⁰² Staub-Bernasconi, Silvia (2018). S. 121

im praxisalltäglichen Umgang mit den drei Mandaten und die Ausführung der Aufgabe von Organizer*innen Werte der Freiheit zu fördern (→ 3.1).

4.5.2 Potentiale

Ein Potential wird definiert als die „Gesamtheit aller vorhandenen, verfügbaren Mittel, Möglichkeiten, Fähigkeiten [und] Energien“³⁰³. Im Kontext der Fragestellung sind Potentiale, bezogen auf die Unterstützung bei den Herausforderungen, die möglicherweise erhöhte „Leistungsfähigkeit“³⁰⁴, die entstehen kann, wenn die Arbeit als Organizer*in von Sozialarbeiter*innen oder Betroffenen ausgeübt wird, die als *Verbündete* handeln.

Wie in Kap. 3.3 gezeigt, müssen sich Sozialarbeiter*innen die Kompetenzen, um politisch aktiv zu werden, in der Regel außerhalb des Studiums aneignen. Dies wird durch VS unterstützt, welches ein Verständnis für gesellschaftliche Vorgänge Struktureller Diskriminierung, die immer auch politisch ist, hervorbringt und die Bewertung der gesellschaftlichen Lage von Individuen und Gruppen durch diverse Gerechtigkeitstheorien ermöglicht. VS kann so Sozialarbeiter*innen dabei unterstützen, ein (lokal)politisches und somit auch meist öffentliches Aktiv-Werden durch CO gegenüber dem Mandat der Gesellschaft/ Träger zu begründen und die dazu nötigen Ressourcenvergabe durch Gesellschaft/ Träger zu erklären.

Im Konzept des Verbündet-Seins erhält im Kontext von Social Justice der Begriff des Sozialen (sozial von lat. socius = gemeinsam, verbunden, verbündet) seine politische Dimension zurück.³⁰⁵

So vermittelt VS Potential zum Ergreifen der Mandatierung durch Betroffene und fördert die Phase der Recherche (→ 3.2).

Alinsky schreibt in *Stunde der Radikalen*;

Die Beachtung der fundamentalsten Regel, daß man nämlich immer nur kommunizieren kann innerhalb des Erfahrungshorizontes seiner Zuhörer – und zunächst einmal den Werten des anderen vollen Respekt zollen muß³⁰⁶.

Die durch VS geförderte Solidarität erleichtert es den Verbündeten zuzuhören (→ 3.2), den Erfahrungshorizont des Gegenübers zu betreten, seine Werte und Selbstbestimmung zu respektieren und auch die Kompetenz dazu zu vermitteln. Dies hilft bei der durch das Tripelmandat bedingten Herausforderung für

³⁰³ Duden.de.

³⁰⁴ Ebd.

³⁰⁵ Perko, Gudrun (2013). S. 236

³⁰⁶ Alinsky, Saul David (1974). S. XII

Sozialarbeiter*innen den Raum für ein wechselseitiges Einnehmen und Verstehen von Perspektiven, zur Anerkennung der Ansprüche und Argumente der Mandatsgeber*innen, zu schaffen (→ 3.3). So wird ein Lösungsweg gefördert, welcher auf der für die Problemlösung benötigten Gerechtigkeitstheorie basiert, Teilhabe vor Ort ermöglicht und auch anwaltschaftliches Verteidigen eben dieser zulässt, ohne dabei paternalistisch zu sein. Exklusionsfaktoren wie fehlendes Vertrauen oder Erfahrungen, selbst etwas verändern zu können, werden so bekämpft (→ 2.1). Generell hat VS das Potential mehr Sicherheit zu bieten bezüglich der Sorge, dass eine Unterstützung durch privilegierte (potenzielle) Organisationsmitglieder paternalistisch ist und nicht zur benötigten Ermächtigung der Exkludierten, sondern zu sozialer Ungleichheit führt. Dadurch wird die Aufgabe von Organizer*innen, in der Phase des Aufbaus einer demokratischen Organisation (→ 3.2) die Ermächtigung von Menschen zu fördern, unterstützt. Die Kompetenzen von VS fördern die Kommunikation, Vernetzung und nicht-paternalistische Sprach-/ Handlungen. So können Beziehungen zu Menschen aufgebaut werden, die bezogen auf das derzeitige Ziel und Selbstverständnis möglicherweise nicht direkt zur marginalisierten Gruppe gehören, aber die Organisation trotzdem in ihren Konflikten mit Macht unterstützen können. Der dabei vollzogene Rollenwechsel im Quartier, zum Beispiel von Nachbar*in zu Verbündete*r, unterstützt eine andere Selbsterfahrung und kann alternative Gruppendynamiken anbieten, mit denen möglicherweise mehr Mitglieder zufrieden sind oder es werden die Handlungsfähigkeit störende soziale Muster aufgelockert (→ 2.1). Das Kriterium guten Organizings, ein umfassendes Programm zu gestalten, das „die meisten Gruppen in der *community*“³⁰⁷ miteinbezieht und eine konkrete und unmittelbar umsetzbare Umsetzung vor Ort ermöglicht, kann dadurch realisiert werden.

Im Dialog mit potenziellen Organisationsmitgliedern, welche jedoch nicht von einem durch die Organisation benannten Problem oder einer benannten Diskriminierung betroffen sind, können diese durch VS dazu angeleitet werden, sich selbst die Fragen zu stellen:

Welche konkreten Möglichkeiten habe ich bezogen auf einen bestimmten Kontext, Ressourcen zu teilen, Zugänge zu ermöglichen oder Personen Gehör zu verschaffen, die aus meinem Tätigkeitsbereich für gewöhnlich ausgeschlossen sind.³⁰⁸

³⁰⁷ Szyuka, Peter (2005). S. 69

³⁰⁸ Czollek, Leah Carola; Perko, Gudrun; Kaszner, Corinne; Czollek, Max (2019). S. 188

Darauf aufbauend können Sozialarbeiter*innen neue Ideen erlangen, die die Möglichkeiten zur Beteiligung an der Organisation konkretisieren, was zu der Entscheidung für einen Beitritt in die Organisation neue Perspektiven beiträgt. Das fördert wiederum Handlungssicherheit und so die selbstständige Teilhabe der Mitglieder und die Nutzung der Macht. Zusätzlich fördern die Selbstreflektion und das Nutzen der eigenen Privilegien für andere die Stabilität der Beziehungen zwischen Sozialarbeiter*innen und Organisierten und auch in der organisierten Community selbst. Diese geförderte Selbstständigkeit, belastbare Beziehung und Macht können entscheidend sein, wenn sich Sozialarbeiter*innen oder Organisierte, zum Beispiel in der Phase der Strategieentwicklung oder der Aktion (→ 3.2), einer Mandatierung durch Fremde widersetzen und/ oder es dadurch zu Loyalitäts- und Rollenkonflikten kommt.

Laut Szyuka sind Gespräche der Hauptteil der Arbeit von Organizer*innen.³⁰⁹ „Während dieser Gespräche ist aktives Zuhören geboten. Denn Menschen werden zumeist aus zwei Gründen aktiv: aus Eigeninteressen (self interest) und aufgrund von Beziehungen (relationship).“³¹⁰ Hier kann VS CO unterstützen, da die in VS enthaltene Haltung, „in der die Anliegen der Anderen die je eigenen Anliegen sind“³¹¹, helfen kann, die (politische) Verwobenheit und aufeinander-Bezogenheit der Problemlagen der Unterschicht verständlich zu machen und so überhaupt erst die für ein Eigeninteresse (self interest) nötige Erkenntnisbasis von Personen zu schaffen, wenn diese erkennen, dass die Unterdrückung der Schichtnachbarn, im Sinne eines gesamtgesellschaftlichen Status-quo Erhalts, auch die eigene Unterdrückung verfestigt/ reproduziert und eine Trennung von Eigeninteresse und Beziehung nicht so absolut ist. VS kann somit dort aktivitätserzeugende Beziehungen entstehen lassen, wodurch das Anregen von Selbstinteresse oder Beziehung allein keine entstanden wären, indem es Machtverhältnisse benennt, was auch Alinsky als wichtiges Kriterium guten Organizings identifiziert (→ 3.1). Wenn Menschen ihr Verbündet-Sein zueinander erkennen und ausüben, fördert dies die Fähigkeit Machtverhältnisse und die Verwobenheit in ihnen zu erkennen und zu hinterfragen. Auch das Reflektieren der eigenen Privilegien und dem Erkennen der Privilegien anderer wird durch VS unterstützt, wodurch die Thematisierung von Selbstbestimmung, sozialer Spaltung und „dem Grund des Bestehens der

³⁰⁹ Vgl. Müller, Carsten; Szyuka, Peter (2010). S. 10

³¹⁰ Ebd.

³¹¹ Perko, Gudrun (2013). S. 40

Organisation³¹² und somit die Phase des Aufbaues einer nachhaltig wirksamen, demokratischen Organisation (→ 3.2) gefördert wird.

Dafür, dass VS eingesetzt werden kann, um Solidarität hervorzurufen und dafür, dass Stereotypen abgebaut werden müssen, um „einen Milieuzusammenhang oder gar Selbstbewusstsein für zielstrebige Veränderungen“³¹³ zu erzeugen, spricht auch die Feststellung Franz Walters bezüglich des Übertragens der eigenen Stigmata „auf die anderen Zugehörigen der unmittelbaren sozialen Umwelt“³¹⁴ (→ 2.3). Eine Abwertung der *Nachbarn* kann zwar vermeintlich zum sozialen Aufstieg führen, beschädigt aber die Sozialkontakte und „beschleunigt die Entkollektivierung und Entsolidarisierung in den sozial benachteiligten Wohnvierteln“³¹⁵ und ist somit ein Faktor individueller Exklusion (→ 2.1). Das verhindert im weitesten Sinne eine Problemlösung, die präventiv und nachhaltig vor sozialer Ungleichheit schützt und „ein sozial gesichertes und respektable Leben in den nächsten Jahrzehnten“³¹⁶ wahrscheinlicher machen könnte. VS kann hier durch Solidarität unter Quartiersbewohner*innen die Teilhabe an Demokratie fördern und festigen.

Bezogen auf die dem SJD und VS eigenen Handlungs- und Veränderungsstrategien, die Potentiale für Sozialarbeiter*innen sind, um demokratische Teilhabe vor Ort durch CO zu ermöglichen, lassen sich irritierende Strategien „wie z.B. das bewusste und reflektierte Wechselspiel von Doing und Undoing, bei dem Menschen mit Privilegien angesprochen sind, von Diskriminierung getroffene Menschen zu unterstützen“³¹⁷, benennen. Hier werden durch Sprach- /Handlungen die „Ein- und Anpassung von Menschen in stereotype, durch Auf- und Abwertung strukturierte, hierarchische Verhältnisse“³¹⁸ (Doing) problematisiert und irritiert. Indem gesellschaftliche Rollen pluralisiert werden, wird auf Vielfalt aufmerksam gemacht. Ein auf die Diskriminierungsform des Ableismus bezogenes Beispiel könnte so aussehen, dass Menschen, die durch ihre Rolle beziehungsweise ihrer *Führungsposition*³¹⁹ im Quartier durch andere Privilegien öffentliches Interesse erzeugen oder Entscheidungsmacht besitzen, das Quartier und die dortigen Orte, die mit demokratischer Teilhabe in Verbindung stehen, im Rollstuhl begutachten.³²⁰ So irritieren

³¹² Szynka, Peter (2005). S. 69

³¹³ Walter, Franz (2013). S. 13

³¹⁴ Ebd.

³¹⁵ Ebd.

³¹⁶ Ebd. S. 24 f.

³¹⁷ Czollek, Leah Carola; Perko, Gudrun; Kaszner, Corinne; Czollek, Max (2019). S. 41

³¹⁸ Ebd.

³¹⁹ Vgl. Alinsky, Saul David (1999). S. 73

³²⁰ Vgl. Czollek, Leah Carola; Perko, Gudrun; Kaszner, Corinne; Czollek, Max (2019). S. 41 „Dabei ist wichtig, dass Strategien des Doing und Undoing kein Allheilmittel sind; nicht immer ergeben sie Sinn, sind sie möglich oder auch nur erwünscht.“

sie „im Sinne des Undoings Vorstellungen und Erwartungen“³²¹ und sind Verbündete, die Solidarität erzeugen, für Menschen mit Beeinträchtigung, zum Beispiel in einer Community mit einer diversen Demografie, die sich als Ziel gesetzt hat Barrieren im öffentlichen Raum vor Ort abzubauen.

Die in Kapitel 4.3 beschriebene Strategie der „Positionierung in der Nicht-Positionierung als Ermöglichung von Verbündet-Sein“³²² hat das Potential in CO, zum Beispiel bei Gesprächen mit der Opposition unter Einbezug der Öffentlichkeit, verwendet zu werden.

Dinge dort in der Schwebe zu belassen, wo Menschen durch Fremdzuschreibungen und stereotypisierend-normative Vorgaben in ein Korsett gezwungen werden [...] beinhaltet [...] eine Aufforderung, sich jeweils themenbezogen gegen Strukturelle Diskriminierung jeder Form zu positionieren³²³.

So wird die Opposition dazu bewegt, Diversität und intersektionale Betroffenheit anzuerkennen. Dies erschwert es der Opposition ihre Haltung hinter Stereotypen und ungenauen Metaphern zu verstecken, wodurch von der Opposition bestärkte individuelle und kollektive Exklusion aufgedeckt werden kann. So unterstützt VS CO bei der Strategie „den Erfahrungsbereich des Gegners“³²⁴ zu verlassen, um ihn zu provozieren Fehler zu machen und die Kriterien zu erfüllen, den Mitgliedern die „Haltung der Status quo-Institutionen im Umfeld der Bürgerorganisationen“³²⁵ zu zeigen.

4.5.3 Hinweise

Ein Hinweis wird definiert als eine „Mitteilung, die in eine bestimmte Richtung zielt und jemanden etwas (besonders eine Kenntnisnahme oder ein Handeln) nahelegt“³²⁶ beziehungsweise zu etwas anregt. Als Hinweise werden hier Aspekte von VS erfasst, die nicht zu den Ideen oder Potentialen gehören, da sie zum Beispiel eine Haltung voraussetzen, die zu sehr von der Haltung oder den Zielen von Organizer*innen abweicht, um wahrscheinlich in der Praxis anwendbar sein zu können. Aber sie werden hier trotzdem beachtet, da sie bei der Bewältigung der Herausforderungen möglicherweise unterstützen können.

³²¹ Ebd.

³²² Ebd.

³²³ Ebd.

³²⁴ Alinsky, Saul David (1999). S. 141

³²⁵ Szynka, Peter (2005). S. 69

³²⁶ Duden.de.

CO fokussiert die Ermächtigung marginalisierter Gruppen und lehnt Paternalismus zurecht ab. VS kann dabei Hinweise liefern, inwiefern das Handeln für andere (als Verbündete*r) auf eine nicht-paternalistische Weise gestaltet werden kann und eröffnet so möglicherweise dort das Organisieren von Personen, wo vorher durch tatsächlichen oder befürchteten Paternalismus kein Bündnis entstanden wäre, und fördert so die Größe der Organisation (→ 3.1).

Ein erheblicher Hinweis, den VS vor dem Hintergrund des SJD für CO vermittelt, ist die strukturelle Verwobenheit von Diskriminierungsformen. Die daraus abgeleitete Erkenntnis ist, dass jegliche Diskriminierungsformen sich gegenseitig sowie das bestehende Macht- und Herrschaftsverhältnis stabilisieren, legitimieren und die zukünftige historische Verankerung für soziale Ungleichheit bilden können.³²⁷ So kann VS als Teil von SJD in CO einen Beitrag für eine nachhaltige und präventive (→ 3.1), den Menschenrechten und dem in Kapitel 3.3 beschriebenen Gerechtigkeitsverständnis entsprechende, Gestaltung der Macht- und Herrschaftsverhältnisse leisten, indem zum Beispiel die mandatsbezogene Herausforderung einer Ablehnung der Forderungen der Bürger*innen, aufgrund fehlender Rahmenbedingungen seitens Gesellschaft/ Träger (→ 3.3), nicht akzeptiert wird und basierend auf diesen Erkenntnissen für eine Schaffung der Rahmenbedingungen eingestanden wird, die auch den Status quo infragestellen (→ 3.2).

Aus der hier genutzten Literatur kommt es zu der Annahme, dass CO an sich keine Prozessbestandteile beinhaltet, die möglicherweise etablierte (Strukturelle) Diskriminierung in einer Organisation auflösen kann. Vielleicht kann Edukation darüber, dass die Menschen in gemeinsamen Problemlagen stecken und gemeinsam erfolgreich sind (Strukturelle) Diskriminierung, wie zum Beispiel Fremdenfeindlichkeit, angehen. Aber diese Wirkung ist nicht (gezielt) aufgeführt in Erklärungen von CO. Da (Strukturelle) Diskriminierung der Organisation schadet, sollte VS als Hinweis wahrgenommen werden, wie man durch Sprach-/ Handlungen diskriminierungskritisch organisiert, und dass auch die marginalisierten Gruppen als Organisierte in ihren Werten und Zielen individuelle wie kollektive Exklusion (→ 2.1) reproduzieren können. Da Inhaber*innen von Herrschaftspositionen (→ 3.4) von Stigmatisierungen profitieren, sollte deren mögliche Beeinflussung des Diskurses über die Unterstützung marginalisierter Gruppen und der Rechtfertigung bestehender sozialarbeiterischer Maßnahmen in Alltagspraxen, lebensnah transparent gemacht werden. Dies ist auch ein Hinweis dafür, die Haltung der Anerkennung der

³²⁷ Vgl. Czollek, Leah Carola; Perko, Gudrun; Kaszner, Corinne; Czollek, Max (2019). S. 34

„vorrangige[n] Bedeutung von Eigeninteressen als Motiv der Mitglieder“³²⁸, als Kriterium für „gute Arbeit von Organisationen“³²⁹ kritisch zu hinterfragen (→ 3.1).

4.6 Beantwortung der Fragestellung

Die Ausarbeitung hat gezeigt, dass das spezifische Solidaritätskonzept *Verbündet-Sein* Ideen, Potentiale und Hinweise enthält, die Sozialarbeiter*innen dabei unterstützen können, den Herausforderungen bei der Anwendung der Methode CO gerecht zu werden. Sowohl in den Phasen des CO Prozesses als auch zur Erfüllung der Aufgaben der Organizer*innen und der Kriterien, ist ein Hinzuziehen von VS zum Umgang mit wesentlichen Herausforderungen wie der Bildung und Förderung von Solidarität von Vorteil. Die Haltung und Kompetenzen, die der Social Justice und Diversity Ansatz durch sein Konzept des VS vermittelt, liefern Ideen, Potentiale und Hinweise, wie Sozialarbeiter*innen mögliche Abhängigkeitsverhältnisse im Tripelmandat überwinden könnten und dabei solidarisch das Mandat der von Exklusion aus dem Bereich politischer Teilhabe Betroffenen ergreifen können. Vor allem die Vermittlung eines Verständnisses der Beteiligten von Macht, der gesellschaftlichen Interdependenz und dem Grund des Bestehens der Organisation (→ 3.1) ist ein für CO wichtiger Bereich, in dem VS einen großen Beitrag leisten kann. Auch bei Entdeckung des eigenen Potentials und bei Selbstwirksamkeitserfahrungen von Beteiligten in CO (→ 3.2) kann VS direkt unterstützen. Und zur Stabilität der individuellen wie kollektiven Beziehungen innerhalb und außerhalb der Organisation kann VS durch reflektierte und anerkennende Sprach-/ Handlungen einen entscheidenden Einfluss haben. VS beinhaltet so die Option, Menschen in das Organizing miteinzubeziehen, welche sich im typischen Verlauf des Organizings, zum Beispiel aufgrund vermeintlicher *nicht-Betroffenheit*, möglicherweise nicht beteiligt hätten (Diskriminierung der Anderen als Handlungsgrund anstatt zum Beispiel der eigene Nachteil). Diese Reflexionskompetenz und lebensnahe Vermittlung von Exklusions-/ Diskriminierungserfahrungen bringt für CO die Chance mit sich, unterstützende Beziehungen zwischen marginalisierten und privilegierten Menschen aufzubauen und Paternalismus dabei zu reduzieren oder sogar zu verhindern. Möglicherweise ist dies ein entscheidender Beitrag von VS für Alinskys Suche nach einem Weg Organisationen zusätzlich zur Gruppe der *Havenots* zu

³²⁸ Szyuka, Peter (2005). S. 69

³²⁹ Ebd.

erweitern und auch andere Akteure miteinzubeziehen, zum Beispiel aus der Mittelschicht.³³⁰

Allerdings ist auch festzuhalten, dass die *Maxime des Arbeitens* im SJD und die Kompetenzen, die für Verbündete angestrebt werden, nicht so niedrigschwellig sind, wie die Teilhabe an Community Organizing an sich. Die Maxime des SJD sind für das Erreichen einer Utopie konzipiert³³¹ und es bedarf mehr Ressourcen als CO alleine braucht, um dem zeitlichen, sozialen und emotionalen Aufwand zu begegnen, der notwendig ist, um Maxime, wie das *Nicht-Hierarchisieren von Diskriminierungsformen* oder das Loslösen von *Moralisierung und Beschämung*, in der Praxis anzuwenden (→ 4.5). Bei Benachteiligten, die zum Beispiel schon von der Umsetzung *zentraler Fähigkeiten* exkludiert sind und in Verhaltensmustern *horizontaler und vertikaler Abwertung* sozialisiert sind, besteht die Chance, dass diese Maxime in den Hintergrund geraten in der konfliktreichen und dynamischen Methode des CO, welche die Belange der Bürger*innen und den Kampf gegen Armut, Elend und Unglück priorisiert. Daher kann auch der Fall eintreten, dass das Riskieren der eigenen Privilegien durch Verbündet-Sein (zeitweise) keine Option ist. CO ist ursprünglich nicht als Methode für professionelle Fachkräfte der Sozialen Arbeit, die sich innerhalb des Wohlfahrtsstaates bewegen, gedacht. Dadurch entstehen bei einer Nutzung in diesem Kontext automatisch Spannungen und Widersprüche. Gerade diese können durch VS abgefedert bzw. konstruktiv aufgelöst werden. In der kreativen und flexiblen Methode des CO kann VS wahrscheinlich trotzdem oft eine Möglichkeit sein, wesentliche Ideen, Potentiale und Hinweise für bestehende und zukünftige Herausforderungen zu erhalten.

³³⁰ Vgl. Freyth, Marianne (1985). S. 97 ff.

³³¹ Vgl. Czollek, Leah Carola; Perko, Gudrun; Kaszner, Corinne; Czollek, Max (2019). S. 42 f.

5. Fazit und Ausblick

Ziel dieser Arbeit war es literaturbasiert zu untersuchen, inwiefern das spezifische Solidaritätskonzept *Verbündet-Sein* Ideen, Potentiale oder Hinweise enthält, welche Sozialarbeiter*innen dabei unterstützen, ihren Herausforderungen bei der Anwendung der Methode Community Organizing gerecht zu werden. Der Wert dieser Fragestellung wurde in den Kapiteln und Unterkapiteln von Zwei und Drei hervorgebracht. In Kapitel Vier wurde das Solidaritätskonzept erklärt und die Fragestellung beantwortet. Welchen Beitrag Solidarität für den Kampf der Sozialen Arbeit zur Ermächtigung marginalisierter Gruppen leisten kann, war eine der zentralen Fragen dieser Arbeit.

Zu Beginn von Kapitel Zwei wurde das in der Einleitung angerissene Problem der Entwertung des Gleichheitsversprechen der Demokratie ausführlicher betrachtet, indem die Perspektive über das Problem der geringen Wahlbeteiligung hinaus auf demokratische Prozesse weiterer Lebensbereiche und nicht wahlberechtigter Menschen erweitert wurde. Dadurch wurde eine detailliertere Beschreibung der Folgen der Problemlage möglich, was umgesetzt wurde, indem anschließend erfasst wurde wer die von Exklusion aus dem Bereich der politischen Teilhabe Betroffenen sind und warum sie in dieser Lage sind. Diese Eingrenzung wurde mit geschichtlich kontextualisierten Forschungsdaten untermauert, um dann aus der Perspektive von Gerechtigkeitstheorien die Folgen der Problemlage für Adressat*innen Sozialer Arbeit und die Gesellschaft abzuleiten, aber auch um erste Handlungsmöglichkeiten zu skizzieren. So ergab sich die Erkenntnis, dass sich ungleich verteilte beziehungsweise verhinderte Teilhabemöglichkeiten durch alle gesellschaftlichen Schichten und durch alle Lebensbereiche ziehen und die Ermöglichung von Teilhabe nicht ein Wert oder eine Haltung ist, die man sich aus Gründen der Moral oder des Mitgefühls aneignet und gegebenenfalls z.B. zur Verteilung von Grundgütern ablegt oder gegen andere Werte abwägt, sondern dass die Fähigkeit zur Teilhabe eine Gegebenheit würdevollen, autonomen und selbstbestimmten Lebens ist. Sie gehört den Fragen zur Verteilung von Gütern/ Ressourcen vorausgestellt. Diese Folgen und die Perspektiven der Gerechtigkeitstheorien bestimmten grundlegende Handlungsprinzipien für die Soziale Arbeit, wie durch die (Berufs)Ethik, Definition und das Selbstverständnis Sozialer Arbeit begründet wurde.

In Kapitel Drei wurde anhand der Besonderheiten der Methode argumentiert, warum CO eine mögliche Lösung für das vorliegende Problem sein kann, wobei an den Handlungsansatz angeknüpft wurde. CO stellte sich so als geeignet heraus

demokratische Teilhabe vor Ort zu fördern. Außerdem wurde auch das Spannungsverhältnis von Sozialer Arbeit und CO kurz angesprochen, bevor es durch den geschichtlichen Ursprung der Methode und die nähere Betrachtung von CO in Deutschland kontextualisiert vollständig im Kapitel zu den Herausforderungen für Sozialarbeiter*innen als Organizende erfasst wurde. So zeigte sich, dass die Herausforderungen Teilhabe einschränken oder verhindern können und das Problem dadurch sogar noch verschärfen können, wenn sie nicht bewältigt werden. Zusammen mit der Kritik von Alinsky an wohlfahrtstaatlichen Aktivitäten war so die Frage berechtigt, ob Sozialarbeiter*innen in der Lage sind, das Spannungsverhältnis zu überwinden. Durch eine Darstellung der Bedeutung von Macht und Solidarität in CO ergab sich dann, dass die Herausforderungen möglicherweise mit Solidarität gelöst werden können, was zur Fragestellung führte, inwiefern das spezifische Solidaritätskonzept VS dazu Ideen, Potentiale oder Hinweise enthält.

Im vierten Kapitel wurde erklärt, warum das Social Justice und Diversity Konzept dem des VS übergeordnet werden sollte und es ergab sich, dass die Maxime des SJD für eine ganzheitliche Anwendung von VS beachtet werden sollen. Darauf aufbauend wurde VS ausführlich erklärt und im nächsten Kapitel konnte so die Kombinierbarkeit von VS mit CO anhand von Gemeinsamkeiten argumentiert werden. Das Hervorbringen der Herausforderungen und das Aufzeigen der Kombinierbarkeit führten so zu den Ideen, Potentialen und Hinweisen von VS, welche anhand der zuvor dargestellten Anforderungen des CO Prozesses und der Problemlage strukturiert und entwickelt wurden. Die Fragestellung konnte folglich so beantwortet werden, dass VS bedeutende Ideen, Potentiale und Hinweise enthält.

VS kann im Prozess des CO durch den Beitrag zur dialogischen Vorgehensweise großen Wert erfahren. Es besteht das Risiko, dass eine Hinzunahme von VS die Niedrigschwelligkeit von CO beeinflusst und die, durch die Situation der Benachteiligten, geringen Ressourcen belastet. Und es lässt sich durchaus fragen, ob die beschriebenen marginalisierte Gruppen nicht teilweise erstmal auf eine gewisse Befriedigung existenzieller Bedürfnisse angewiesen sind, um zu verhindern, dass CO sonst an der Erschöpfung der Benachteiligten scheitert. Die rein fürsorgerische Soziale Arbeit ist eigentlich als reine Symptombekämpfung abzulehnen, möglicherweise aber vor dem Hintergrund der Problemlage, in der die Benachteiligten sich bereits befinden, gleichzeitig eine Voraussetzung für das Gelingen von CO. Sozialarbeiter*innen, die VS zu CO hinzuziehen, müssen daher darauf achten die Schwelle zur Teilhabe nicht anzuheben und zur Frage nach dem Einsatz der Ressourcen zusätzliche Aspekte bedenken. Ist dies gegeben, so ist VS in allen Phasen

des Prozesses anwendbar und wertvoll und bietet Unterstützung darin *gutes Organizing* zu praktizieren.

Außerdem zeigte sich, dass auch CO VS unterstützen kann. Als Solidaritätskonzept besteht für VS die Gefahr zur „Herstellung oder Wiederherstellung gesellschaftlicher Einheit, der Stabilisierung und Verfestigung, ja Zementierung der sozialen Verhältnisse“³³² instrumentalisiert zu werden. CO kann hier durch die Kompetenz und Macht der Organisation dabei unterstützen, die Bedeutung von Solidarität als Beziehungsgeschehen, dass „eine bestimmte Weise [ist], sich auf andere zu beziehen [und] aufeinander Bezug zu nehmen“³³³, zu realisieren. Die Methoden können sich gegenseitig ergänzen und so den für das Bündnis beziehungsweise für die Solidarität hinderlichen *horizontalen Abwertungen* von Betroffenen etwas entgegensetzen. Diese Stigmatisierung von Schichtnachbarn, trotz gemeinsamer Betroffenheit von den gleichen Exklusionsdynamiken, hatte sich im Laufe der Arbeit als eine auf die Betroffenen bezogene Herausforderung herausgestellt, die ebenfalls beleuchtet werden musste. Die *horizontale Abwertung* und die Abwertung von Ober- und Mittelschicht gegenüber unteren Schichten steht in Wechselwirkung mit der durch das kapitalistische System verursachten und durch neoliberalen Einfluss geförderten einseitig ausgelegten Leistungsgerechtigkeit³³⁴, zum Nachteil von Menschen mit niedrigem sozioökonomischem Status. Diese individualisiert Problemlagen, verschiebt Verantwortung von (staatlichen) Institutionen auf Personen und erzeugt so Orientierungs- und Hilflosigkeit in Problemlagen. Dieser Prozess ist Teil der Legitimierung des Umstandes, dass die Erfüllung zentraler Fähigkeiten³³⁵ von Aspekten wie (ehem.) Erwerbstätigkeit, sozialer Anerkennung der Tätigkeit und sozioökonomischem Status bedingt wird und, dass es teilweise legitimiert ist das eigene Kapital und somit auch den Zugang zu den zentralen Fähigkeiten durch die Ausbeutung, Abwertung und Exklusion anderer Menschen zu fördern. Das ist hinderlich für demokratische Teilhabe und eine Belastung für die Stabilität und die Bereitschaft eines Zusammenschlusses marginalisierter Gruppen, zum Beispiel, da es so häufiger zu Top-Down Veränderungsversuchen und Paternalismus kommt. So kann und wird es immer wieder zu einer (Re)Produktion sozialer Ungleichheit, sozialer Ungerechtigkeit und einem Abbau des Sozialstaates kommen, wenn (strukturelle) Diskriminierung (re)produziert wird. Aber die

³³² Lessenich, Stephan (2019). S. 115

³³³ Ebd. S. 117

³³⁴ Vgl. Forst, Rainer (2015). S. 52. „[E]in zentrales Problem der Rede von »Leistungsgerechtigkeit«: Sie kann nur dort sinnvoll sein, wo Chancengleichheit besteht – und so müsste dies das Feld sein, auf dem die Verteidiger der »Leistung« sich zunächst finden.“

³³⁵ Vgl. Nussbaum, Martha Craven (2015). S. 41

Verwendung stigmatisierender Fremdbezeichnungen kann auch eine Aneignung und somit eine Ermächtigung durch die Betroffenen darstellen. Daraus ergibt sich die Handlungsempfehlung (diskriminierungs)kritisch mit Sprach-/ Handlungen umzugehen.³³⁶

Dabei, wie auch im gesamten Prozess des CO, gibt es potenzielle Fehlerquellen, die Exklusion (re)produzieren. Sozialarbeiter*innen müssen sich davor schützen, von den Interessen anderer Gruppen instrumentalisiert zu werden oder, dass sie als Organizer*innen durch paternalistische Vorgehensweisen Ermächtigung verhindern und/ oder so Abhängigkeitsverhältnisse erzeugen. Es sind eine Haltung und Sprach-/ Handlungen notwendig, die Raum für Reflexion, die Erfahrung von Selbstwirksamkeit und Aufklärung über politische/ gesellschaftliche Prozesse bieten. Dafür hat sich VS als hilfreiche Methode erwiesen. Die dadurch mögliche Beziehungsgestaltung hat das Potential, Ohnmachtsgefühle oder Resignation aufzubrechen und privilegierte Verbündete hinzuzuziehen, ohne, dass deren Mitwirken paternalistisch ist. Außerdem trägt VS zur nötigen Analysekompetenz bei, mit deren Hilfe Probleme mit ausreichender Tiefe bearbeitet werden und es so nicht zu einer Auflösung/ Verschiebung des Konflikts zu Lasten der marginalisierten Gruppen kommt.

Es ist daher auch demokratiethoretisch von großer Bedeutung herauszufinden, ob und wenn ja, aus welchen Gründen bestimmte gesellschaftliche Gruppen ein Defizit an politischer Artikulations- und Durchsetzungsfähigkeit aufweisen.³³⁷

Die Förderung von Teilhabe an der Demokratie sollte auch mögliche Herausforderungen der Zukunft thematisieren, um eine Verinnerlichung und Erfahrung von demokratischen Prozessen als unzugänglich präventiv zu verhindern.

Zum Beispiel können Naturkatastrophen, welche durch den Klimawandel zukünftig häufiger eintreten können, Quartiere und deren Nachbarschaften zusätzlich belasten³³⁸. Die von Naturkatastrophen ausgehende Gefahr für körperliche Unversehrtheit, Versorgung mit Grundgütern, Verlust des Wohnraums und vieles mehr, kann zum Teil durch eine solidarische und Teilhabe-ermöglichende Nachbarschaft verringert werden. Eine vorausgehende Vernetzung von Quartiersbewohner*innen kann die Grundlage für Unterstützung in Notfällen und eine etablierte Kultur des Dialogs und der Rücksichtnahme sein. Wie sich nach der Hochwasserkatastrophe 2021 in Stolberg und in Ahrweiler gezeigt hat, können solidarische

³³⁶ Siehe hierzu: Vgl. Czollek, Leah Carola; Perko, Gudrun; Kaszner, Corinne; Czollek, Max (2019). S. 33 ff.

³³⁷ Winter, Thomas von (2019). S. 26

³³⁸ Vgl. Willner, Sven N.; Levermann, Anders; Zhao, Fang; Frieler, Katja (2018). Und vgl. Liedholz, Yannick (2021). S. 117 f.

Nachbarschaften Unterversorgungen sichtbar machen, eine gerechte Verteilung von Unterstützung fördern und durch organisierte Zusammenschlüsse Ansprüche auf (finanzielle) Unterstützung besser durchsetzen.³³⁹

Auch für zukünftig zu erwartende häufigere, durch Klimawandel bedingte Migrationsbewegungen ist eine Ermächtigung von Menschen mit niedrigem sozioökonomischen Status und der Ausbau von sozialarbeiterischen Aktivitäten für mehr Begegnung und Solidarität in Nachbarschaften wichtig. Denn auf diesem Weg können Ängste abgebaut und Sicherheitsnetze aufgebaut werden, um die ökonomische Situation der Menschen zu verbessern, was insofern wichtig ist, als „eine schwierige ökonomische Situation der ideale Nährboden für migrationsfeindliche Einstellungen ist.“³⁴⁰

Die Informationen, Erfahrungen und Ziele, aus welchen die Menschen im Quartier ihre Haltungen und Werte gestalten, liegen innerhalb und außerhalb des Handlungsbereiches von Organisationen.³⁴¹ Bereits vor Beginn des Organizings existierende Gruppendynamiken und soziale Beziehungen beeinflussen die aktuelle und künftige Exklusion und Teilhabe im Quartier maßgeblich. Daher ist es auch in CO, GWA u.ä. Arbeitsbereichen wichtig, die Meinungen und Ziele von Individuen im Quartier zu kennen und einschätzen zu können. Im Zusammenhang damit ist zur kritischen Betrachtung dieser Arbeit zu sagen, dass die Argumentation von CO als mögliche Lösung um den Vergleich zu ähnlichen Methoden hätte ergänzt werden können. Und da dies zentral ist für die Unabhängigkeit von Organizer*innen, hätte auch die Frage der Finanzierung miteinbezogen werden können und konkret auf VS bezogen werden können. Eine Grenze der Arbeit ist, dass nicht noch genauer auf die Machtausübung und Strategien des Machterhalts der Gruppen mit *starkem Interesse* eingegangen werden konnte, was sinnvoll gewesen wäre in Anbetracht der Erarbeitung von noch mehr Ideen, Potentialen oder Hinweisen.

Abschließend soll betont werden, dass VS eine aktuelle Methode ist, die dazu in der Lage ist, von der Sozialen Arbeit zur Bearbeitung gegenwärtiger Veränderungsbedarfe eingesetzt zu werden. Auch CO hat nicht an Aktualität verloren. Unter anderem, da CO „gemeinsame Informationsbeschaffung zwecks des Vorteilsausgleichs“³⁴² hoch gewichtet, ist es geeignet für sich stetig verändernde Elemente der Sozialen Arbeit wie z.B. Quartiere und soziale Ungleichheit. VS kann CO

³³⁹ Vgl. Starke Nachbarschaften bewähren sich in der Krise (2021); Und Vgl. Nodes, Wilfried (2021).

³⁴⁰ Einwanderungsfeindliche Haltung hält dem Realitätscheck nicht stand (2021).

³⁴¹ Vgl. Alinsky, Saul David (1999). S. 101

³⁴² Huber, Stefan (2010) S. 87

bezogen auf Solidarität möglicherweise so sehr unterstützen, dass man fast so weit gehen kann zu sagen, dass VS eine Voraussetzung für Sozialarbeiter*innen ist, wenn diese CO praktizieren wollen. VS ist ein positiver Ansatz und eine Chance. Durch beide Ansätze, kombiniert oder nicht, kann sich dem Langzeitziel, den Unterstützungsbedarf von Adressat*innen von der Unterstützung durch Sozialarbeiter*innen abzukoppeln, genähert werden, indem Adressat*innen ermächtigt werden sich selbst und gegenseitig zu helfen.

Literaturverzeichnis

- Alinsky, Saul David (1973): Leidenschaft für den Nächsten. Gelnhausen, Berlin: Burckhardthaus-Verlag (Burckhardthaus-Sachbuch, [1]).
- Alinsky, Saul David (1974): Die Stunde der Radikalen. Ein praktischer Leitfaden für realistische Radikale. Strategien und Methoden der Gemeinwesenarbeit. Gelnhausen, Berlin, Freiburg i. Br., Nürnberg, München: Burckhardthaus-Verlag; Christophorus-Verlag; Laetare-Verlag (Reihe BCS : Abt. Gemeinwesenarbeit u. Gemeindeaufbau, 2).
- Alinsky, Saul David (1989): Rules for Radicals. A Practical Primer for Realistic Radicals. Originally published 1971. Reprint. New York: A Division of Random House (Vintage Books Edition).
- Alinsky, Saul David (1999): Anleitung zum Mächtigsein. Ausgewählte Schriften. Göttingen: Lamuv-Verlag (Lamuv Taschenbuch).
- Apraku, Josephine (24.05.2021): Interview über "Postmigrantischer Antifaschismus" im Zuge der Veröffentlichung des Buches "Gegenwartsbewältigung" von Czollek, Max. CLINCH Festival. Clinchfestival.de. Online verfügbar unter <https://clinchfestival.de/veranstaltungen/postmigrantischer-antifaschismus/>, zuletzt geprüft am 26.05.2021.
- Berg, Lynn; Üblacker, Jan (Hg.) (2020): Rechtes Denken, rechte Räume? Demokratiefeindliche Entwicklungen und ihre räumlichen Kontexte. Bielefeld: transcript Verlag (Sozial- und Kulturgeographie, 36). Online verfügbar unter <https://www.transcript-open.de/isbn/5108>, zuletzt geprüft am 03.03.2022.
- Bertelsmann Stiftung (2019): Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien. Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt? Studie. Hg. v. Bertelsmann Stiftung. Online verfügbar unter https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Gesellschaftlicher_Zusammenhalt/ST-LW_Studie_Schwindendes_Vertrauen_in_Politik_und_Parteien_2019.pdf, zuletzt geprüft am 10.10.2021.
- Böllert, Karin; Otto, Hans-Uwe; Schrödter, Mark; Ziegler, Holger (2018): Gerechtigkeit. In: Hans-Uwe Otto, Hans Thiersch, Rainer Treptow und Holger Ziegler (Hg.): Handbuch Soziale Arbeit. Grundlagen der Sozialarbeit und Sozialpädagogik. 6., überarbeitete Auflage. München: Ernst Reinhardt Verlag, S. 516–526.
- Burzlaff, Miriam; Eifler, Naemi (2018): Kritische Intervention. Das PUBPP-Verfahren als Handlungsstrategie für die Soziale Arbeit. In: *Soziale Arbeit*, S. 223–228.
- Burzlaff, Miriam (2020): Policy Practice. Eine Einführung mit Fokus auf Curricula Sozialer Arbeit. In: Günter Rieger und Jens Wurtzbacher (Hg.): Tatort Sozialarbeitspolitik. Fallbezogene Politiklehre für die Soziale Arbeit. 1. Auflage. Weinheim, Basel: Beltz Juventa, S. 27–68.
- Burzlaff, Miriam (2021): Selbstverständnisse Sozialer Arbeit. Individualisierung - Kontextualisierung - Policy Practice. Eine Curriculaanalyse. Dissertation. Beltz Juventa; Juventa Verlag, Weinheim, Basel. Online verfügbar unter <http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/>, zuletzt geprüft am 07.04.2022.

- Czollek, Leah Carola; Perko, Gudrun; Kaszner, Corinne; Czollek, Max (2019): Praxishandbuch Social Justice und Diversity. Theorien, Training, Methoden, Übungen. 2., völlig überarbeitete und erweiterte Auflage. Weinheim, Basel: Beltz Juventa (Pädagogisches Training). Online verfügbar unter E-Book: <https://content-select.com/de/portal/media/view/5c84e9cd-33d0-476b-9db2-646eb0dd2d03>, zuletzt geprüft am 10.10.2021.
- Dahrendorf, Ralf (2006): Homo Sociologicus. Ein Versuch zur Geschichte, Bedeutung und Kritik der Kategorie der sozialen Rolle. 16. Aufl. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss. Online verfügbar unter <https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-531-90216-6#about>, zuletzt geprüft am 03.03.2022.
- Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V (2014a): Berufsethik des DBSH. Ethik und Werte. Berlin: DBSH (Forum sozial, 2014,4).
- Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V. (2014b): Kommentar zur „Global Definition of Social Work“ Deutsche Übersetzung des DBSH. Hg. v. DBSH. Online verfügbar unter https://www.dbsh.de/media/dbsh-www/downloads/2014_DBSH_Dt_%C3%9Cbersetzung_Kommentar_Def_SozArbeit_02.pdf, zuletzt geprüft am 03.03.2022.
- Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V. (2016a): Berliner Erklärung. Berliner Erklärung zu Berufsethik und berufsbezogenen Prinzipien (Berufspolitische Veröffentlichungen), zuletzt geprüft am 03.03.2022.
- Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V. (2016b): Deutschsprachige Definition Sozialer Arbeit des Fachbereichstag Soziale Arbeit und DBSH. Berlin. Online verfügbar unter https://www.dbsh.de/media/dbsh-www/redaktionell/bilder/Profession/20161114_Dt_Def_Sozialer_Arbeit_FBTS_DBSH_01.pdf, zuletzt geprüft am 11.11.2021.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (2018): Soziale Mobilität in Deutschland: Durchlässigkeit hat sich in den letzten 30 Jahren kaum verändert. Online verfügbar unter https://www.diw.de/de/diw_01.c.584241.de/themen_nachrichten/soziale_mobilitaet_in_deutschland_durchlaessigkeit_hat_sich_in_den_letzten_30_jahren_kaum_veraendert.html, zuletzt geprüft am 10.10.2021.
- Duden.de (Hg.). Bibliographisches Institut GmbH (Wörterbuch). Online verfügbar unter <https://www.duden.de/rechtschreibung/>, zuletzt geprüft am 04.03.2022.
- Einwanderungsfeindliche Haltung hält dem Realitätscheck nicht stand (2021). In: *Sozial.de* 2021, 21.11.2021. Online verfügbar unter <https://www.sozial.de/einwanderungsfeindliche-haltung-haelt-dem-realitaetscheck-nicht-stand.html>, zuletzt geprüft am 04.03.2022.
- European Community Organizing Network (2012): Handbuch für Bürgerpartizipation. Community Organizing als Werkzeug zur Aktivierung von Bürgerpartizipation.
- FOCO: Internetauftritt des Forum Community Organizing. FOCO e.V. Online verfügbar unter <http://www.fo-co.info/>, zuletzt geprüft am 20.01.2022.

- Forst, Rainer (2009): Zwei Bilder der Gerechtigkeit. In: Rainer Forst, Martin Hartmann, Rahel Jaeggi und Martin Saar (Hg.): Sozialphilosophie und Kritik. Frankfurt am Main: suhrkamp.
- Forst, Rainer (2015): Die erste Frage der Gerechtigkeit. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (55 Nr. 37).
- Forum für Community Organizing; Stiftung Mitarbeit (Hg.) (2014): Handbuch Community Organizing. Theorie und Praxis in Deutschland. Forum für Community Organizing; Stiftung Mitarbeit. Bonn: Stiftung Mitarbeit (Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen, Nr. 46).
- Freyth, Marianne (1985): Saul David Alinsky: Eine amerikanische Theorie der Praxis. Konfliktstrategien im Kampf gegen d. Armut. Zugl.: Münster (Westfalen), Univ., Diss. Münster: Lit (Studien zur Politikwissenschaft, 4).
- Gerdes, Jürgen (2014): Von sozialer Gerechtigkeit zu Teilhabe- und Chancengerechtigkeit. Neoliberale Diskursstrategien und deren postdemokratische Konsequenzen. In: Ulrich Bauer, Axel Bolder, Helmut Bremer, Rolf Dobischat und Günter Kutscha (Hg.): *Expansive Bildungspolitik - Expansive Bildung?* Wiesbaden: Springer VS, 2014, S. 61–88. Online verfügbar unter http://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-658-06669-7_3, zuletzt geprüft am 04.03.2022.
- Hoeft, Christoph; Klatt, Johanna; Klimmeck, Annike et al. (Hg.) (2014): Wer organisiert die »Entbehrlichen«? Viertelgestalterinnen und Viertelgestalter in benachteiligten Stadtquartieren. Unter Mitarbeit von Christoph Hoeft, Johanna Klatt, Annike Klimmeck, Julia Kopp, Sören Messinger, Jonas Rugenstein und Franz Walter. Göttinger Institut für Demokratieforschung. Bielefeld: transcript Verlag (Gesellschaft der Unterschiede, 19).
- Hradil, Stefan (2005): *Soziale Ungleichheit in Deutschland*. 8. Aufl., [Nachdr.]. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwissenschaften.
- Huber, Stefan (2010): *Community Organizing in Deutschland. Eine „neue“ Möglichkeit zur Vitalisierung Lokaler Demokratie?*: Universitätsverlag Potsdam.
- IAF: About. Who we are. Industrial Areas Foundation. Online verfügbar unter <https://www.industrialareasfoundation.org/>, zuletzt geprüft am 06.04.2022.
- Institut für Social Justice & Radical Diversity (Hg.) (2019): *Grundbegriffe des Social Justice und Diversity*. Institut für Social Justice & Radical Diversity. Online verfügbar unter <https://institut-social-justice.org/grundbegriffe-des-social-justice-und-diversity/>, zuletzt geprüft am 08.02.2022.
- Klatt, Johanna; Walter, Franz (2011): *Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement*. Mannheim, Bielefeld: transcript Verlag.
- Leisegang, Daniel (2013): *Die doppelte Spaltung. Die digitale Kluft als Ausdruck sozialer Ungleichheiten*. Online verfügbar unter https://www.frankfurter-hefte.de/media/Archiv/2013/Heft_06/2013-06_leisegang.pdf, zuletzt geprüft am 03.03.2022.
- Lessenich, Stephan (2019): *Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem*. Ditzingen: Reclam ((Was bedeutet das alles?)).

Liedholz, Yannick (2021): *Berührungspunkte von sozialer Arbeit und Klimawandel. Perspektiven und Handlungsspielräume*. Opladen, Berlin: Verlag Barbara Budrich.

LobbyControl – Initiative für Transparenz und Demokratie e.V. Köln. (2022): *Offenlegen! Mehr Transparenz mit dem Lobbyregister*. Online verfügbar unter <https://www.lobbycontrol.de/schwerpunkt/lobbyregister/>, zuletzt geprüft am 03.03.2022.

Luhmann, Niklas (1984): *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*. 1. Aufl. Frankfurt am Main: suhrkamp.

Müller, Carsten: *Lebenslauf*. Online verfügbar unter <http://www.dr-carsten-mueller.de/index.php/lebenslauf/>, zuletzt geprüft am 20.01.2022.

Müller, Carsten; Szynga, Peter (2010): *Community Organizing*. München: Juventa Weinheim.

Nodes, Wilfried (2021): *Sozialarbeit auf allen Ebenen! Studierende der Sozialen Arbeit zeigen: Sozialarbeit kann Katastrophenhilfe!* In: *FORUM sozial* 2021, 2021 (3), S. 40–47, zuletzt geprüft am 04.03.2022.

Nussbaum, Martha Craven (2015): *Fähigkeiten schaffen. Neue Wege zur Verbesserung menschlicher Lebensqualität*. 1. Auflage. Freiburg, München: Verlag Karl Alber (Kosmopolis, Bd. 3).

Obermaier, Magdalena (2020): *Vertrauen in journalistische Medien aus Sicht der Rezipienten. Zum Einfluss von soziopolitischen und performanzbezogenen Erklärgrößen*. Zgl. Dissertation. Wiesbaden, Germany (Research). Online verfügbar unter <https://link.springer.com/content/pdf/10.1007%2F978-3-658-31154-4.pdf>, zuletzt geprüft am 03.03.2022.

Oelschlägel, Dieter: *Bürgerengagement - Gemeinwesenarbeit - Community Organizing*. Ein Nachwort. Die drei Wellen der Rezeption von CO in der bundesrepublik. In: Alinsky, Saul David (1999).

Perko, Gudrun (2013): *Social Justice. eine (Re)Politisierung der Sozialen Arbeit*. In: Ruth Großmaß und Roland Anhorn (Hg.): *Kritik der Moralisation. Theoretische Grundlagen - Diskurskritik - Klärungsvorschläge für die berufliche Praxis*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Rudolf, Beate (2017): *Teilhabe als Menschenrecht. Eine grundlegende Betrachtung*. In: *Teilhabe für alle?!* Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2017, S. 13–43. Online verfügbar unter https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/10155_Teilhabe_fuer_alle_ba_171019.pdf, zuletzt geprüft am 02.03.2022.

Schäfer, Armin (2011): *Der Nichtwähler als Durchschnittsbürger: Ist die sinkende Wahlbeteiligung eine Gefahr für die Demokratie?* In: E. Bytzek, & S. Roßteutscher (Eds.), *Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen*, S. 133-154. Online verfügbar unter <https://www.armin-schaefer.de/wp-content/uploads/2014/05/Nichtwaehler-Schaefer.pdf>, zuletzt geprüft am 03.03.2022.

- Schäfer, Armin (2013): Wahlbeteiligung und Nichtwähler. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 2013, 19.11.2013 (Bundestagswahl 2013), S. 48–49. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/apuz/172972/wahlbeteiligung-und-nichtwaehler>, zuletzt geprüft am 27.11.2021.
- Schäfer, Armin (2015): Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet: Campus Verlag. Online verfügbar unter <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/227456/1/1653561394.pdf>. zuletzt geprüft am 03.03.2022.
- Schrödter, Mark (2007): Soziale Arbeit als Gerechtigkeitsprofession: zur Gewährleistung von Verwirklichungschancen. In: *Neue Praxis*.
- Schwietring, Thomas (2011): Was ist Gesellschaft? Einführung in soziologische Grundbegriffe. Konstanz: UVK-Verl.-Ges (UTB, 8430). Online verfügbar unter <https://elibrary.utb.de/doi/epdf/10.36198/9783838587622-20-33>, zuletzt geprüft am 03.03.2022.
- Seithe, Mechthild; Wiesner-Rau, Corinna (Hg.) (2013): "Das kann ich nicht mehr verantworten!". Stimmen zur Lage der Sozialen Arbeit. Neumünster: Paranus-Verl.
- Seithe, Mechthild (2014): Wo fängt politische Soziale Arbeit an? Ist die Forderung nach Fachlichkeit der Sozialen Arbeit entpolitisiert oder aber politisch? In: *FORUM sozial* 2014, 2014 (1), S. 35–39.
- Sippel, Hanns-Jörg (2014). In: Forum für Community Organizing und Stiftung Mitarbeit (Hg.): Handbuch Community Organizing. Theorie und Praxis in Deutschland. Bonn: Stiftung Mitarbeit (Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen, Nr. 46), S. 51.
- Starke Nachbarschaften bewähren sich in der Krise (2021). In: *Sozial.de* 2021, 10.08.2021. Online verfügbar unter <https://www.sozial.de/starke-nachbarschaften-bewaehren-sich-in-der-krise.html>, zuletzt geprüft am 02.03.2022.
- Staub-Bernasconi, Silvia (2018): Soziale Arbeit als Handlungswissenschaft. Teil 2.
- Szynka, Peter: Informationen zur Person im Zuge der Lehrtätigkeit an der Hochschule Hannover. Lehrgebiete. Online verfügbar unter https://f5.hs-hannover.de/service/personenfinder/person/1000033972/?no_cache=1&cHash=74b9810b350c7158fc6f0945b3139b04, zuletzt geprüft am 20.01.2022.
- Szynka, Peter (2005): Jenseits von Status und Expertise. Soziale Arbeit als professionelle Kultur. In: *Widersprüche* H. 96, S. 61–74.
- Vorländer, Hans (2017): Demokratie – in der Krise und doch die beste Herrschaftsform? In: *Informationen zur politischen Bildung* 2017 (332 Demokratie). Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/izpb/248593/demokratie-in-der-krise-und-doch-die-beste-herrschaftsform?p=0>, zuletzt geprüft am 04.04.2022.

Walter, Franz (2013): Prolog: Wachsende Ungleichheit ohne politisch-kulturelle Repräsentanz und Organisation? (2013). In: Christoph Hoeft, Johanna Klatt und Annike et al. Klimmeck (Hg.): Wer organisiert die »Entbehrlichen«? Viertelgestalterinnen und Viertelgestalter in benachteiligten Stadtquartieren. Unter Mitarbeit von Christoph Hoeft, Johanna Klatt, Annike Klimmeck, Julia Kopp, Sören Messinger, Jonas Rugenstein und Franz Walter. Bielefeld: transcript Verlag (Gesellschaft der Unterschiede, 19), S. 9–28.

Willner, Sven N.; Levermann, Anders; Zhao, Fang; Frieler, Katja (2018): Adaptation required to preserve future high-end river flood risk at present levels. Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. Online verfügbar unter <https://www.science.org/doi/10.1126/sciadv.aao1914>, zuletzt geprüft am 07.04.2022.

Winter, Thomas von (2019): Schwache Interessen in Gesellschaft und Staat. In: Katrin Toens und Benjamin Benz (Hg.): Schwache Interessen? Politische Beteiligung in der Sozialen Arbeit. 1. Auflage. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.

Eidesstattliche Versicherung

Ich versichere hiermit,

- dass ich die vorliegende Bachelorthesis selbstständig und ohne fremde Hilfe angefertigt,
- keine anderen als die angegebenen und kenntlich gemachten Quellen und Hilfsmittel benutzt,
- alle wörtlich oder sinngemäß aus anderen Quellen übernommenen Stellen kenntlich gemacht habe.

Ort, Datum, Unterschrift

Aachen, 08.04.2022

Yannik Stachowiak